Bündnis für Menschenwürde und Arbeit

Brief Herbst 2025

Nachrichten aus Gesellschaft und Arbeitswelt

Zeit für Widerstand

Der Sozialstaat im Visier

Beiträge von:

Günter Rexilius, S. 1
Psychologe

Edmund Erlemann, S. 3
immer noch aktuell

Hermann-Josef Kronen, S. 4
Bündnisrat

Ralf Welter, S. 8
Politikwissenschaftler, RWTH Aachen

Gesine Höltmann, S. 11
sanktionsfrei.de

Julia Jirmann, S. 13
Netzwerk Steuergerechtigkeit

Josef Rick, S. 14
Unternehmer, fordert höhere Steuern

Christoph Butterwegge, S. 18
Armutsforscher

© Klaus Stuttmann (mit freundlicher Genehmigung, aus der RP vom 25.8.2025)

„So wie es jetzt ist, insbesondere im sogenannten Bürgergeld, kann es nicht bleiben und wird es auch nicht bleiben ... Es ist nicht nur eine Zeitenwende, es ist ein Epochenbruch ... Die Bonner Republik ist für immer vorbei!“

Diese markigen Worte des deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz zielen auf die Menschen in diesem Land, deren Armut, Elend, Hunger und Hoffnungslosigkeit schon jetzt epochale Ausmaße erreicht haben. Sie sind eine Kampfansage, auf die es nur kämpferische Antworten geben kann.

Ganz im Sinne des ersten Mannes im Staate hört und liest sich die meistgestellte Frage auf der politischen Bühne aktuell so: Können wir uns den Sozialstaat noch leisten? Die Antwort lautet, in zahlreichen Varianten, aber unisono: Nein, wir müssen den Sozialstatt reformieren oder umbauen oder verschlanken oder ... Gemeint ist, wer immer antwortet, dass Sozialleistungen weiter abgebaut werden müssen. Weiß eigentlich von denen, deren leichteste Übung darin zu bestehen scheint, dem Sozialstaat den Garaus zu machen, noch jemand, was er eigentlich bedeutete? Er war gedacht als ein gesellschaftliches Projekt, dessen Ziel es war, den Paragrafen 1 des Grundgesetzes Wirklichkeit werden zu lassen: Lebensbedingungen zu schaffen, die jedem Menschen ein Leben in Würde, ohne existenzielle Angst und mit Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ermöglichen. Arbeit, Gesundheit, Kultur, Bildung, Entwicklung sollten für alle Menschen gleichermaßen erreichbar sein. Das durchaus christliche, aber nicht weniger ethische Grundprinzip war den Aktivitäten der politisch Verantwortlichen durch Artikel 14 des Grundgesetzes eingeschrieben: Mit der Verpflichtung des Eigentums, dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen, sollte es für die Starken in der Gesellschaft selbstverständlich werden, die Schwachen zu stützen, ihnen nicht nur caritativ, sondern aus der Überzeugung zur Seite zu stehen, dass gleichberechtigtes Zusammenleben für ein demokratisches Gemeinwesen unverzichtbar ist.

Der Sozialstaaat war gedacht als ein gesellschaftliches Projekt, dessen Ziel es war, den Paragrafen 1 des Grundgesetzes Wirklichkeit werden zu lassen.

Wer heute die Herren Merz, Söder, Klingbeil oder Frau Bas hört, weiß, dass sie sich von diesem sozial-demokratischen Gesellschaftsmodell längst verabschiedet haben. Politiker machen sich seit Jahrzehnten mit denen gemein, die aus der Idee der Solidarität unbeirrt ihre Praxis der grenzenlosen Akkumulation von Reichtum gemacht haben. Steuer-, Bildungs-, Gesundheits-, Kultur-, Wirtschafts-, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik dienen den Wohlhabenden, den Reichen und Superreichen.

Garniert wird diese Politik der Entwürdigung mit der Verhöhnung „Leistung muss sich wieder lohnen“ als verbale Keule gegen BürgergeldempfängerInnen: Nicht die Millionenerben, die in ihrem ganzen Leben keinen Finger krümmen müssen, sollen auf lohnenswerte Leistung eingeschworen werden, auch nicht die geldschneidenden Shareholder, deren minimale Steuerlast jeden arbeitenden Menschen verspottet. Gemeint sind auch nicht die Beamten, die zwar nicht mehr und anstrengender arbeiten als ihre angestellten und arbeitenden KollegInnen, aber vom Staat mit Gehältern, Pensionen und jeder ▶ weiter auf Seite 2

▶ Menge Sonderzuwendungen beschenkt werden, nicht für ihre Leistungen, sondern für ihre anachronistische Dienstbarkeit und Loyalität. Den leistungsfordernden politischen Sprücheklopfern geht es darum, die nicht annähernd für ein würdevolles Leben ausreichenden Bürgergeldzahlungen noch weiter einzuschränken, damit die für zahlreiche Drecks-arbeiten notwendigen Geringverdiener nicht auf die Idee kommen, statt ihrer oft mürbe und krank machenden Arbeitsbedingungen, lieber das Elend des Bürgergeldbezugs zu ertragen.

Die Bildung der neuen Bundesregierung spitzt die Ablösung des demokratischen Sozialstaates durch eine profitgesteuerte Plutokratie in symbolträchtiger Weise zu. Auf die Gefahr durch die Macht des politisch-industriell-militärischen Komplexes kann – in Anlehnung an Eisenhowers Warnung vor dem industriell-militärischen Komplex – nicht eindringlich genug hingewiesen werden. Die Tatsache, dass ein BlackRock-Manager, also ein Vertreter des mächtigen Finanz-Kapitals, das weltweit für die Pfründe und Profite einiger Weniger, die Mehrheit der Menschen und die Natur gezielt auf vielfältige Weise zerstört, deutscher Bundeskanzler geworden ist, darf nicht als Nebensache abgetan werden, denn sie ist eine Demonstration der Gewalt des Asozialen gegenüber dem Sozialen.

Der Sozialstaat ist tot. Manchmal leben Tote länger, wenn ihnen neuer Atem eingehaucht wird. Wenn ein Herzstillstand eingetreten ist, wird mithilfe eines Defibrillators versucht, den Herzschlag zu reaktivieren. Es gibt keinen vergleichbaren Apparat, um den Sozialstaat wiederzubeleben, aber es gibt die zahllosen Menschen, denen ihre soziale, menschliche Würde genommen worden ist, die leiden, verelenden, krank werden, Hoffnung verlieren, früher als ihre wohlhabenden Mitmenschen sterben und kränker werden als sie.

Als Einzelne bleiben sie ohnmächtig, aber gemeinsam, das hat die Geschichte gezeigt, können sie eine Wucht entwickeln, die vielleicht nicht Berge versetzen, aber aus ungerechten gesellschaftlichen Verhältnissen ein sozial gerechtes Gemeinwesen machen kann.

Wenn die Menschen bereit und entschlossen sind, für eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen, dürften die Chancen nicht schlecht stehen.

3,5 % der Bevölkerung sind laut der Politikwissenschaftlerin Erica Chenoweth (https://de.wikipedia.org/wiki/3,5-Prozent-Regel) nötig, um eine Revolution zu machen, in Deutschland leben 13% der Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Wenn sie bereit und entschlossen sind, für eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen, dürften die Chancen nicht schlecht stehen. Dann gehen sie nicht zur nächsten Wahl, um, so sinngemäß der Düsseldorfer Millionär Josef Rick (s. das Interview in diesem Bündnisbrief), ihre eigenen Peiniger doch wieder zu wählen, sondern gehen auf die Straßen und übernehmen die Aufgabe, mit ihrer gemeinsamen Stärke dem Herzen des Sozialstaates das Schlagen kraftvoll wieder zu ermöglichen.

Alle Beiträge in diesem Bündnisbrief zeigen auf, wie Verarmung und Verelendung beschleunigt werden und welche Folgen sie für die betroffenen Menschen haben. Jeder Beitrag trägt als Mosaiksteinchen zu einem Gesamtbild bei, das den Titel trägt: Die Verwüstung des Sozialstaates. Und jeder birgt den Wunsch, zu dem Widerstand zu finden, der von Tag zu Tag nötiger wird.

Für uns als Mitglieder des Bündnis für Menschenwürde und Arbeit ist es wie ein kleines Wunder, dass ausgerechnet jetzt, da uns immer klarer wird, dass über Widerstand nicht nur geredet, sondern dass er tatkräftig werden muss, eine Rede von Edmund Erlemann in seinem Nachlass wiederentdeckt worden ist, die Mut macht, aufzustehen und zu widerstehen.

2010 – Demonstration für soziale Gerechtigkeit auf der Rudolfstraße mit Edmund Erlemann

Wir müssen uns wehren, lautet Eddis Botschaft

Vor knapp 30 Jahren hat der Gründungsvater unseres „Bündnis für Menschenwürde und Arbeit“ eine Rede vor der Belegschaft der Fa. Schlafhorst gehalten, als große Teile von Arbeitslosigkeit bedroht waren. Seine Kampfansage soll dieser Ausgabe unseres Bündnisbriefes vorangestellt werden, weil dem, was Eddi damals gesagt hat, kaum etwas hinzuzufügen ist. Ich möchte lediglich vier Akzente setzen, die sich aus der desaströsen sozialpolitischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte ergeben:

Langzeitarbeitslosigkeit stürzt weiterhin viele Menschen in Armut und Hoffnungslosigkeit: Ob Hartz IV, Bürgergeld, Grundsicherung, wie immer staatliche Unterstützung heißt, Sozialbezüge werden als Repressionsmechanismen missbraucht und haben die krankmachende Angst zur Folge, über die Eddi schon damals sprach.

Der neo-liberale Kapitalismus verursacht seit den siebziger Jahren eine Zunahme der Armut von Millionen Menschen und zur Bereicherung von Millionären und Milliardären, die von ihren politischen Kumpanen in Regierung und Parlamenten wirtschafts- und steuerpolitisch genährt wird, auch das hatte Eddi richtig erkannt.

Der Volksverein hat seine erfolgreiche Arbeit bis heute fortgesetzt und ausgebaut, das Bündnis für Menschenwürde und Arbeit und das Sozialbündnis Mönchengladbach, in dem Verbände und Organisationen versuchen, prekäre Lebensverhältnisse zu thematisieren und gemeinsam mit Betroffenen Wege zu ihrer Abschaffung zu finden, setzen die Bemühungen des Bündnis für Menschenwürde und Arbeit im Sinne von Edmund Erlemann fort.

Nicht vorhersehen konnte Eddi, dass Krieg und Aufrüstung in den Fokus der politisch und ökonomisch Mächtigen rücken, zu Lasten armer, bedürftiger und ausgegrenzter Menschen, die mit immer neuen Abstrichen von ihren Lebensgrundlagen Waffen und Kriegsertüchtigung bezahlen. Ich bin sicher, Eddi wäre laut und energisch mit uns auf die Straße gegangen, um gegen den Verfassungsbruch, die Bundeswehr „zur stärksten Armee Europas“ (Merz) zu machen, und RentnerInnen, Kinder, Alleinerziehende und MigrantInnen immer weiter in Existenznöte zu treiben, zu kämpfen.

Die Rede von Eddi im Jahre 1996 ist für uns Verpflichtung, weil wir täglich die Erfahrung machen, dass die von ihm angeprangerten Verhältnisse für viele Menschen bedrohlicher und folgenschwerer geworden sind, und Mahnung, nicht nachzulassen im Kampf für eine gerechte und friedliche Gesellschaft.

Dr. Günter Rexilius

Das Kostbarste, was es gibt, sind die Menschen!

Rede an die Belegschaft der Firma Schlafhorst, 1996

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich arbeite mit im Volksverein Mönchengladbach. Das ist eine Arbeitslosenfirma, die seit 1983 besteht, also im 13. Jahr. Damals – bei der Gründung des Volksvereins – haben wir geglaubt: in ein paar Jahren brauchen wir keine Betriebsstätte für Arbeitslose mehr. Dann wird wieder Vollbeschäftigung erreicht sein. Es kam ganz anders! Immer mehr Kolleginnen und Kollegen haben seit dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit ihre Arbeit verloren ...
Jetzt sollen bei Schlafhorst über 1000 Arbeitsplätze abgebaut werden: in der Produktion, in der Verwaltung und in der Abteilung „Forschung und Entwicklung“. Das ist sehr schlimm für die Betroffenen – und sehr gefährlich fiir den Industriestandort Mönchengladbach!
Die Arbeit zu verlieren ist furchtbar! Am Anfang merkt man es noch nicht so deutlich. Man hat Zeit für manches, wofür vorher keine Zeit da war. Aber dann: dann wird das Geld knapp. Man kann nicht mehr mithalten, wenn die anderen ein Bierchen trinken gehen. – Dann verliert man immer mehr Freunde und Freundinnen. Und auf einmal ist man allein, isoliert. Manchmal kommen in den Volksverein Leute, die sind an der Arbeitslosigkeit krank, schwer krank geworden – vereinsamt, oft psychisch krank oder alkoholkrank. Manche können kaum noch sprechen. Das ist die Arbeitslosigkeit! Eine menschliche Katastrophe! Und dann gibt es immer noch jede Menge Leute, die sagen: die Arbeitslosen sind faul! Das ist ein Unrecht! Fast 7 Mio Arbeiterinnen und Arbeiter sollen nicht arbeiten *wollen*?

Ich will Euch keine Angst machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber drohende Arbeitslosigkeit macht Angst! Arbeitslosigkeit ist der erste Schritt in die Armut! Unsere Gesellschaft hat dafür gesorgt, daß Arbeitslosigkeit die Sache jedes und jeder Einzelnen ist. Es gibt keine Solidarisierung unter den Arbeitslosen. Sie sind verlassen, im Stich gelassen. Und jeder und jede sind allein mit ihrer Arbeitslosigkeit, mit der Angst und mit dem Gefühl, nichts wert zu sein, mit Enttäuschung und Bitterkeit – und mit den familiären Problemen, die mit Arbeitslosigkeit entstehen. Arbeitslose werden oft nicht mehr fertig mit ihrem Leben. Arbeitslosigkeit führt sogar oft genug in den Selbstmord.

„Teilen statt Arbeitslosigkeit“ heißt unser Konzept. Ohne Teilen geht es nicht! Es muß eine neue Umverteilung des unerhörten Reichtums unserer Gesellschaft stattfinden!

Ein *Unrecht* ist die Massenarbeitslosigkeit! Ein Klassenkampf von oben ist die Massenarbeitslosigkeit. Und dieser Klassenkampf wird erbarmungslos geführt und bringt immer mehr Menschen in die Armut. Die Form des Kapitalismus, die heute praktiziert wird, ist keine Soziale Marktwirtschaft mehr. Sie ist blanker, rücksichtsloser, gottloser Kapitalismus.

Edmund Erlemann ist unvergessen

Unsere Gesellschaft ist auf einem falschen, einem sehr gefährlichen Weg! Haben wir denn in Deutschland vergessen, daß die erste Demokratie auf deutschem Boden, die Weimarer Republik, im Jahr 1933 an der Arbeitslosigkeit zugrunde gegangen ist?
Die Untemehmensgewinne sind in vielen Branchen gestiegen und gestiegen. Große Firmen erzielen höhere Gewinne mit dem Kapitalgeschäft als in der Produktion. Wer hat denn das Kapital erwirtschaftet, das jetzt auf den internationalen Finanzmärkten herumgeschoben wird und mit dem die Mächtigen der Wirtschaft Politik machen? Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben es doch mit erwirtschaftet! Das Kapital muß eingesetzt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Dazu ist es da! Die Arbeit als hoher menschlicher Wert ist kostbarer als das Kapital!
Mit uns, der Kirche von Mönchengladbach, ist der weitere soziale Abbau in unserer Gesellschaft nicht zu machen. Nach unseren Glaubensurkunden, vor allem nach der Bibel, hat der Kapitalismus keinerlei Verheißung. Unser Chef ist total dagegen! Wir werden also unsere kleine und schwache Kraft einsetzen, um uns an die Seite der Arbeitslosen und Armen zu stellen, auf die Seite der Menschen in unserer Stadt, die von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht sind.
Ich bin zuversichtlich, daß ich das im Namen der ganzen Kirche in Mönchengladbach sagen darf
Jetzt kämpfen wir gemeinsam mit der Belegschaft der Firma Schlafhorst und mit der Stadt Mönchengladbach um den Erhalt der Arbeitsplätze bei Schlafhorst und den Erhalt des Industriestandortes Mönchengladbach. Wir appelieren an die Betriebsleitung, die Vorschläge und Angebote des Betriebsrats anzunehmen!
Wir haben in den letzten 13 Jahren gezeigt, daß wir im Volksverein und in der Neuen Arbeit – und ich darf auch das Arbeitslosenzentrum einbeziehen – neue Wege mit Arbeitslosen gegangen sind.
Wir haben Beschäftigung geschaffen und Bildungsmöglichkeiten für Arbeitslose. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger unterstützen uns dabei mit großen Spenden. Das Bistum Aachen und auch die Stadt Mönchengladbach helfen mit. Wir haben jugendlichen und älteren Arbeitnebmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeiterinnen und Arbeitern in der Lebensmitte Hoffnung und eine Zukunft schenken können. Wir haben gemerkt, wie kostbar alle diese Menschen sind, daß sie unserer Gesellschaft unendlich viel schenken können und daß sie jeder Anstrengung wert sind
„Teilen statt Arbeitslosigkeit“ heißt unser Konzept. Ohne Teilen geht es nicht! Es muß eine neue Umverteilung des unerhörten Reichtums unserer Gesellschaft stattfinden; diesmal von oben nach unten! Wir Kirchenleute können das sagen. Wir brauchen nicht gewählt zu werden. Es ist die Wahrheit: die gut Verdienenden müssen abgeben – übrigens auch die Pfarrer! In unserem Land und in unserer Stadt gibt es sehr viele Menschen, die überaus großzügig im Spenden sind: für den Volksverein, für Katastrophenopfer, für die Entwicklungsländer, für die Armen. Aber es gibt kaum Bereitschaft, auf wohlerworbene *Rechte* zu verzichten. Das muß aber sein: in Kirchen und Gewerkschaften, in der Wirtschaft, bei den Beamten, bei den Politikerinnen und Politikern. Wir, die gut Verdienenden, müssen auf Prozente unserer Einkommen verzichten!
„Teilen statt Arbeitslosigkeit“: Das Leitwort des Volksvereins gilt für die Wirtschaft und für die Einzelnen, für die Kirche und für die Gewerkschaft!
Mönchengladbach war einmal die Heimat der praktischen Soziallehre, die im alten Volksverein, der von 1890 bis 1933 in Mönchengladbach seine Zentralstelle hatte, entwickelt worden war. An Rat und Verwaltung unserer Stadt richtet sich die dringende Aufforderung, gemeinsam mit Kirchen und Gewerkschaften und gemeinsam mit sozial denkenden und handelnden Unternehmerinnen und Unternehmern und allen Gerechtigkeit suchenden Institutionen und Gruppen in unserer Stadt gegen die Arbeitslosigkeit zu *handeln*! Die Arbeitsmarktkonferenz, Beginn einer konzertierten Aktion, ist leider gescheitert. Lippenbekenntnisse zu mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft gibt es genug. Ob es der Stadt wirklich ernst ist mit einer neuen konzertierten Aktion, werden wir daran messen können, ob die neue Beschäftigungs-GmbH im Konzert arbeiten wird, also mit Beteiligung aller Initiativen und Gruppen unserer Stadt, die bisher in der Arbeitslosenarbeit tätig sind. Bis jetzt ist in dieser Richtung nichts geschehen! Wir sind bereit, Erfahrungen, Kräfte, Kenntnisse, Fähigkeiten, Zeit und auch Geld einzubringen in eine gemeinsame Anstrengung aller Kräfte guten Willens in unserer Stadt, in ein Bündnis für Arbeit: um das Unrecht der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und arbeitslos gewordenen Menschen wirksam zu helfen! Das Kostbarste, was es gibt, sind die Menschen!

Edmund Erlemann, 23. Januar 1996.

Das sozialpolitische Paradox =
In der Wirtschaftskrise werden die meisten Betroffenen diffamiert

„Das sozialpolitischen Paradox“ – so titelt ein Kommentar in der TAZ die aktuelle Diskussion um das Bürgergeld.
Wir haben für die aktuelle Ausgabe des Bündnisbriefes daher sowohl Betroffenenberichte, aktuelle Studien und einige GesprächspartnerInnen zu Rate gezogen, die sehr komplexe Lage einmal zu erhellen.
Im ersten Teil dieses Beitrags gehe ich daher auf die Situation der Betroffenen ein und thematisiere u.a. Mythen und Formen der Diskriminierung, die arbeitslose Frauen und Männer in besonderer Weise treffen.

Der „faule Bürgergeldempfänger“

„Der ‚faule Arbeitslose‘ sorgt für Aufregung. Immer wieder geistert der ‚Totalverweigerer‘ durch die politische Debatte: arbeitsfähige Grundsicherungsempfänger, die ohne sachlichen Grund eine zumutbare Tätigkeit ablehnen. Das, so heißt es, verletze Arbeitsmoral und Gerechtigkeitsempfinden.“

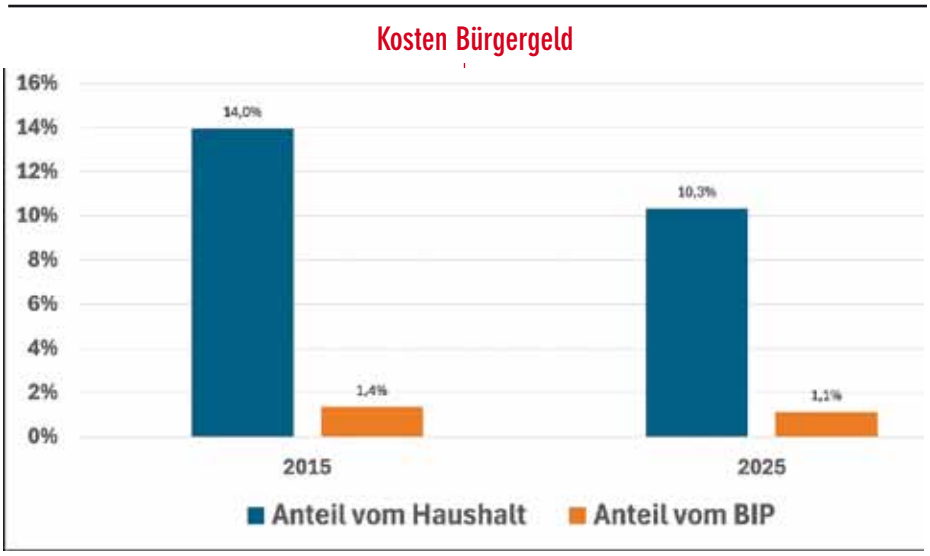
Dieser Satz könnte einem aktuellen Bericht von Parteivertretern oder den meisten Medien in Deutschland sein. Es ist aber ein Zitat aus einem Bericht zu einer Sozialhistorischen Studie, die aufzeigt, dass ein Rückgriff auf die Phrase „faule Arbeitslose“ schon in der Zeit des Nationalsozialismus ein übliches Stereotyp ist. Diese Aussage führt dann auch schnell zum eingangs genannten sozialpolitischen Paradox demzufolge in wirtschaftlichen Krisenzeiten Diskriminierung und Vorurteile besonders „fröhliche Urständ feiern“.

Es gibt zahlreiche Studien vor allem zum Lohnabstandsgebot, die eindeutig die Wirksamkeit des Lohnabstandgebots feststellen. Sogar das neoliberale IFO-Institut kommt zu dem Schluss: *„Es wird deutlich, dass trotz der deutlichen Anhebung der Regelsätze im Bürgergeld weiterhin ein spürbarer Lohnabstand besteht. Eine Reform des bestehenden Systems wird aufgrund der teilweise äußerst geringen Anreize zur Ausweitung bestehender Erwerbstätigkeit oder Erhöhung des Bruttoeinkommens für niedrige und mittlere Einkommen trotz des existierenden Lohnabstands für notwendig erachtet.“* [1]

Es geht also um eine weitere Besserstellung der Arbeitenden in niedrigen Einkommensgruppen. Mitte August 25 stellt die Hans-Böckler-Stiftung eine neue Studie zum Bürgergeld vor: „Einkommen bei Mindestlohnbeschäftigung deutlich höher als mit Grundsicherung – Zahlen zu allen Landkreisen und Städten“.

Auch wer zum Mindestlohn arbeitet, hat ein deutlich höheres verfügbares Einkommen als vergleichbare Personen, die Bürgergeld beziehen. Das gilt überall in Deutschland und unabhängig von der Haushaltskonstellation. Im deutschen Durchschnitt liegt der Einkommensvorteil bei 557 Euro monatlich im Falle einer alleinstehenden Person, die Vollzeit zum Mindestlohn arbeitet.“[2]

Das gesellschaftliche Umfeld, die Schreihälse und Falschnachrichten-Produzenten der A*D, die leider orientierungslos gewordene und der A*D nacheifernde CDU sowie eine Zunahme rechter Medien oder klassischer Medien, die ihrem grundgesetzlichen Auftrag nicht mehr nachgehen, bestimmen so eine gesellschaftliche Stimmung, die wenig mit der Realität der von Arbeitslosigkeit und Armut betroffenen MitbürgerInnen zu tun hat.[3]



Die Mär vom fehlenden Lohnabstand

Hinzu kommt die Missachtung von Wissenschaft, die selektive Verwendung von Daten solcher Studien und die Haltung eigene, wie auch immer geprägte Beobachtungen, sind das Maß aller Dinge.

Ein-Blick auf die Betroffenen

Klischees, Vorurteile und Diskriminierungserfahrungen gehen aber im Alltag nicht an den Betroffenen vorbei. Die psychosoziale Belastung ist hoch. Beengtes Wohnen, ist alltäglicher als die übergroße Wohnung von der der Kanzler zuletzt wiederholt schwadronierte. Zu teure Wohnungen werden ohnehin nur bis zu einem festgelegten Satz von den Jobcentern übernommen. Oft bedeutet dies, dass Wohnkostenanteile noch von dem Satz finanziert werden müssen, der eigentlich dringlich für Nahrung und sonstige Alltagskosten anfallen.

10 Millionen, die sich nicht richtig ernähren können?

Verschiedene Studien – nicht nur die aktuelle Studie des Vereins Sanktionsfrei (vgl. die Kurzfassung der Bürgergeldstudie hier im Bündnisbrief) zeigen Ergebnisse, die von den „politischen (gut saturierten) Lautsprechern“ wohl nicht gerne gehört werden:

„Ist das Bürgergeld verfassungswidrig, weil es keine gesunde Ernährung ermöglicht? Ernährungswissenschaftliche Befunde, die erst nach der letzten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts entstanden sind, sprechen dafür. Unter anderem der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft fordert: „Ein [...] Bürgergeld muss [...] ausreichend sein, um materielle und soziale Ernährungsarmut zu vermeiden. Die aktuellen [...] Beträge entsprechen allerdings nicht diesem Anspruch“ (ebd., I). Basierend auf diesen Befunden sieht ein aktuelles Rechts-

1 www.ifo.de/publikationen/2024/aufsatz-zeitschrift/lohnt-sich-arbeit-noch-lohnabstand-und-arbeitsanreize-2024
2 www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-einkommen-bei-mindestlohnbeschaeftigung-deutlich-hoeher-als-buergergeld-70666.htm
3 Exemplarisch sei auf einen Podcast von Maurice Höfgen hingewiesen – Geld für die Welt „Mythos Bürgergeld immer teurer.
www.geldfuerdiewelt.de/p/mythos-burgergeld-immer-teurer?utm_source=post-email-title&publication_id=548829&post_id=170181158&utm_campaign=email-post-title&isFreemail=true&r=4xvrw3&triedRedirect=true&utm_medium=email&fbclid=IwY2xjawMQPXdleHRuA2FlbQIxMQABHvWqtvs2alp8pGvWP4NaahRBZ7h1vWQJo0JWoFcXU3regYZAnh3XquBqAP6r_aem_3dIJhVuazXgFzBSrvDb5bw

gutachten in der Höhe des Existenzminimums eine Verletzung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung aus Art. 11 des UN-Sozialpakts.“

Diese neuen Forschungsergebnisse sind auch verfassungsrechtlich relevant. Ohne ein materielles Kriterium dürfte der geltende Statistik-Warenkorb nicht mehr verfassungsgemäß sein. Entgegen aktuellen Forderungen, die Regelleistungen zur Herstellung eines Lohnabstands abzusenken oder nicht weiter anzuheben, spricht verfassungsrechtlich viel für eine Erhöhung. Immerhin sind nach aktuellen Zahlen der europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen 6,9 Prozent der Menschen in Deutschland von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen; 13 Prozent sind nicht in der Lage, sich jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel, Fisch oder einem vegetarischen Äquivalent zu leisten. Das Grundrecht auf Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums darf diesen Zustand nicht perpetuieren. [4]

Ähnliche Ergebnisse zeitigt auch die in diesem Jahr erstellte Bürgergeldstudie von DIW und sanktionsfrei: „... Der Regelsatz von monatlich 563 € reicht laut großer Mehrheit der Befragten (72 %) nicht aus, um ein würdevolles Leben zu führen. Selbst Grundbedürfnisse werden nicht ausreichend erfüllt: Nur 9 % halten eine gesunde Ernährung mit dem Regelsatz für möglich und nur jede*r zweite Befragte gibt an, dass in ihrem Haushalt alle satt werden. Ein Drittel verzichtet auf Essen, um andere Bedürfnisse erfüllen zu können; insbesondere Eltern verzichten auf Essen zu Gunsten ihrer Kinder (54 %). ...“[5]

Diese Wahrnehmung wird auch durch eine Befragung von IT NRW beschrieben:

„Rund jede achte Person in Nordrhein-Westfalen lebte im Jahr 2024 in einem Haushalt, der nach eigenen Angaben aus finanziellen Gründen nicht in der Lage war, sich jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit, d. h. eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit, zu leisten.“ [6]

Auf die Republik hochgerechnet bedeutet dies: Mehr als 10 Millionen BürgerInnen können sich neben den schon genannten Belastungen nicht gesund ernähren – auch ein Faktor, dass hierdurch gesundheitliche Probleme entstehen, die die Möglichkeiten der Integration in den Arbeitsplatz beeinträchtigen.

Weitere Ergebnisse der Befragung von Bürgergeldbezieherinnen werden, wie schon genannt, in der Kurzstudie präsentiert.

Auf die wichtige Frage nach Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten kommen wir später noch im Kontext von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Auf einen interessanten Aspekt, der vielfach kaum wahrgenommen wird, aber sich im bisher Beschriebenen schon andeutet, verweist Roman Schlag vom Caritasverband Aachen. Er ist Referent für Arbeitslosigkeit, Armut und für die Schuldnerberatung zuständig und hat uns diesen Beitrag zur Verfügung gestellt:

Trotz Bürgergeld überschuldet?!

Das Bürgergeld soll den Empfänger*innen das zum Leben notwendige Einkommen und eine angemessene Miete sichern.

Im Frühjahr 2025 Jahres lebten ca. 5.5 Millionen Menschen vom Bürgergeld. Da Empfänger*innen von Bürgergeld nur das zum Leben notwendige zur Verfügung haben, stellt sich die Frage:

Wie können die Personen Schulden machen? Von wem erhalten sie Geld?

Tatsächlich ist es so, dass z.B. eine große Zahl von Bürgergeldempfänger*innen Darlehen vom Jobcenter selbst erhalten. Die Vergabe von Darlehen ist ein Instrument, dass zur Ergänzung der Leistungen eingesetzt wird, um unabweisbare Bedarfe zu decken. Dies kann z.B. die Erstbeschaffung für Wohneinrichtung sein, das können die Übernahme von Mietschulden bei einem angemessenen Wohnraum oder Energieschulden sein. Die Darlehen werden mit fünf bis zehn Prozent der Regelleistungen vom Jobcenter monatlich einbehalten.

Aufgrund der sehr knappen Einkommensressourcen beim Bürgergeld können aber viele notwendige Anschaffungen in der heutigen, teuren Zeit gar nicht getätigt werden. So ist es für Bürgergeldempfänger*innen eine große Herausforderung, wenn die Familie sich z.B. komplett mit neuer Winterkleidung eindecken muss oder die Waschmaschine oder der Kühlschrank kaputtgeht.

Blickt man ins Detail zu den einzelnen Regelleistungen sieht man, dass ein Leben mit Bürgergeld bei den aktuellen Preisentwicklungen nur sehr eingeschränkt möglich ist. So steht einem sechsjährigen Kind beispielsweise lediglich gut vier Euro pro Tag für Ernährung zur Verfügung. Bei diesen knappen finanziellen Ressourcen ist ein Ansparen zur Beschaffung von Winterkleidung etc. faktisch nicht möglich. In solch einer Situation bleibt Familien oft gar nichts anderes übrig, als auf Angebote von „heute kaufen und morgen bezahlen“ zurückzugreifen. Bei diesen Angeboten wird regelmäßig nicht nach einer Schufaauskunft gefragt, sondern man kann mit

zwei, drei Klicks Ware bestellen und einen Ratenkauf abschließen oder eine Zahlung muss erst im Folgemonat erfolgen.

Es geht dabei nicht um blindes unnötiges Konsumieren, sondern größtenteils darum, existenziell notwendige Dinge anzuschaffen, die aber in einer Summe nicht bezahlt werden können. Das große Risiko, was diese Familien eingehen, ist, dass sie sehr schnell den Überblick verlieren und die Ratenkäufe, die finanziell ohnehin schon sehr enge Situation nochmals verschärfen. Es besteht gerade für Bürgergeldempfänger*innen die große Gefahr von einer noch geordneten Verschuldung sehr schnell in eine Überschuldung zu geraten, die ihre finanzielle und damit psychosoziale Krise häufig verschärft. Immer wieder erleben die Beratungsstellen der Schuldnerberatung, dass versucht wird Löcher zu stopfen, indem neue aufgerissen werden. Es entwickelt sich häufig eine fatalistische Grundhaltung: Mir kann sowieso nicht mehr geholfen werden und ich komme hier nie mehr raus!

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass sich bei der Debatte um die Höhe des Bürgergeldes durchaus auch mal ein Blick auf die Vergabe von Darlehen durch Jobcenter und auf Überschuldungsstatistiken lohnt, der aufzeigt, wie knapp die Ressourcen sind und wie sehr von Kleinstdarlehen Bürgergeldempfänger*innen abhängig sind.

Die arbeitsmarktpolitische Situation und die Antwort des Staates

Im Juli 2025 waren 2.979.000 bundesweit arbeitslos, wenn man die Menschen in Qualifikationsmaßnahmen zurechnet waren es 3.609.000. Dieser Anzahl standen Bundesweit 628.000 offene Stellen gegenüber also ein Verhältnis von 5,7 Arbeitslose auf eine offene Stelle. Exemplarisch sei auf große Differenzen hingewiesen. In MG waren es im Juni 23.955 Arbeitslose und 2609 offene Stellen – ein Verhältnis von 9,2 Arbeitslose auf eine offene Stelle. Die Zahlen machen erhebliche strukturelle Unterschiede deutlich, die sich aber in den bereit gestellten Instrumenten und der finanziellen Ausstattung der Jobcenter, die sich um Langzeitarbeitslosigkeit kümmern sollen, kaum oder gar nicht niederschlagen.

Auf diesem Hintergrund haben uns Ina Heythausen (Diakonie RWL e.V) und Andrea Raab (Caritasverband Köln) Einblicke und

4 https://verfassungsblog.de/ernahrung-am-existenzminimum/?sfnsn=scwspmo&fbclid=IwY2xjawMVS4hleHRuA2FlbQIxMQABHsRwyhClLlKNFiHmbufQqvQy7X_Yku2MtybZ86m0xPrAoc6litvBUlMN1jZ_aem_U4TJOAymQRD60eNYaHBeEw

5 https://sanktionsfrei.de/studie25 Zitat aus der Kurzstudie dort als PDF downloadbar

6 www.it.nrw/nrw-fast-jede-achte-person-ist-nicht-der-lage-sich-jeden-zweiten-tag-eine-vollwertige-mahlzeit-zu

Einschätzungen zur Situation Arbeitsmarktpolitischer Träger übermittelt, die insbesondere im Bereich der Integration von Langzeitarbeitslosen tätig sind. Ich anonymisiere die mir vorliegenden Berichte nicht zuletzt deshalb, damit den jeweiligen Projekten auf Grund der Benennung der Probleme nicht schon Nachteile erwachsen – auch das ein „Stimmungsbild“ in der derzeitigen angespannten, aufgehetzten Situation, die auch die Träger betrifft, die Hilfen anbieten.
In den Kontext passt ein Hinweis, der sich auf den §17 SGB I bezieht, dem seitens der ausführenden staatlichen Einrichtungen derzeit immer weniger Beachtung geschenkt wird. Hier lautet es
„Zur Erbringung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit sollen die zuständigen Träger der Leistungen nach diesem Buch eigene Einrichtungen und Dienste nicht neu schaffen, soweit geeignete Einrichtungen und Dienste Dritter vorhanden sind, ausgebaut oder in Kürze geschaffen werden können. Die zuständigen Träger der Leistungen nach diesem Buch sollen Träger der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitsuchende angemessen unterstützen.“
Historisch ist in diesem Kontext auch auf das sogenannten Subsidiaritätsprinzip verwiesen, das den Vorrang nichtstaatlichen Handelns beschreibt.[7]
Dieser im Gesetz formulierte Auftrag wird augenscheinlich immer weniger beachtet. Man sollte sich nicht wundern, dass dies Ausdruck eines massiven Misstrauens gegenüber zivilgesellschaftlichen Initiativen ist, wie die Fragen der CDU/CSU im Frühjahr 2025 gegen zahlreiche Nicht-Regierungs-Organisationen Anfang des Jahres schon dokumentiert haben.
Ein wesentlicher Aspekt vieler dieser Angebote besteht darin, durch eine Verknüpfung von Arbeits- und Bildungsangeboten sowie durch sozialpädagogische Begleitung zunächst eine Heranführung an Arbeit und dann ggf. weitere Bildung und Qualifizierung den Weg in den Arbeitsmarkt zu begleiten. Angepasste Arbeit, Struktur und Begleitung ist vielfach eine Voraussetzung, damit die dann Teilnehmenden wieder Vertrauen in eigene Kompetenzen gewinnen. Bei einem solchen Prozess wird oft auch klar, dass für einen nicht unerheblichen Teil ein Platz auf dem Regelarbeitsmarkt nicht erreichbar sein wird, da die begleitenden, Sicherheit schaffenden Strukturen nicht „im normalen Betrieb“ umsetzbar sind oder nicht geboten werden.
Generell wird festgestellt, dass die vorläufige Haushaltsführung die Situation der Jobcenter und der Träger von Maßnahmen bestimmt.

7 „Der Begriff der Subsidiarität entstammt der katholischen Soziallehre. Er steht für ein gesellschaftliches Prinzip, das auf Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Entfaltung individueller Fähigkeiten abstellt. Hiernach sollen staatliche Institutionen nur dort eingreifen, wo die Möglichkeiten des Einzelnen oder einer kleinen Gruppe (Gemeinde, Familie) nicht ausreichen, die Aufgaben der Daseinsgestaltung zu lösen. Zudem soll dort, wo ein staatlicher Einriff nötig ist, der Hilfe zur Selbsthilfe Vorrang vor unmittelbarer Aufgabenübernahme durch den Staat gegeben werden.“ Quelle: https://www.uni-muenster.de/Geschichte/SWG-Online/sozialstaat/glossar_subsidiar.htm

Auf Grundlage des Ampel-Haushaltsentwurfs 2025 greifen starke Mittelkürzungen trotz erheblicher tariflicher Steigerungen. Dies hat landesweit dazu geführt, dass arbeitsmarktpolitische Angebote reduziert wurden, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung.
Die derzeitige Situation ist durch Unsicherheit für die Träger von Angeboten gekennzeichnet – die „Hatz auf BürgergeldempfängerInnen“ verlängert sich quasi auf diejenigen, die mit vielen Ideen und Engagement sinnstiftende Arbeit und Qualifizierung für arbeitslose Frauen und Männer entwickeln. Es handelt sich um einen Balanceakt, wenn begleitete Arbeit und soziale Begleitung für die Organisation arbeitsmarktpolitischer Instrumente regional auch auf Null gefahren werden.

Häufig wird zunächst die Besetzung der Maßnahmen auf 70 % reduziert, um die nächste Kürzungswelle vorzubereiten.

Optionen werden zunehmend nicht gezogen, Neuausschreibungen sind eher die Ausnahme. Ggf. werden Maßnahmen mit reduzierten Platzzahlen für einige Monate weitergeführt, damit Strukturen (noch) nicht abgebaut werden.

Auch sehr erfolgreiche Maßnahmen mit besonders vielen Teilnehmenden werden eingestellt, z.B. erfolgreiches externes Coaching gemäß § 16 i, § 16 h für junge Menschen ohne Kontakt zu den Jobcentern.

Pauschale Kürzungen von 30 bis 50% bei AGH-Maßnahmen (Arbeitsgelegenheiten mit einem Mehraufwand von 1-2 € pro Stunde) sind die Regel, manchmal sind die Kürzungen noch massiver. Eklatante Kürzungen zeigen sich in der häufiger angewandten AGH-Pur Maßnahme. Scheinbar wohlklingend wird hier gar keine Begleitung in Form von Arbeitsanleitung oder sozialpädagogischer Begleitung oder von Bildungsangeboten mehr finanziert.

Die mit tariflichen Bindungen verbundenen Kostensteigerungen werden bei der Neuverhandlung der Vergütungsvereinbarungen für Auftragsmaßnahmen für das Jobcenter häufig nicht oder nicht in voller Höhe berücksichtigt. Vielmehr findet eine Bezahlung auf der Grundlage des Mindestlohns in der Weiterbildung häufig Anwendung, der bei privaten Dienstleistern vorherrscht.

Zuweisungen für Beschäftigungen nach § 16i SGB II werden massiv zurückgefahren, häufig halbiert und manchmal komplett gestrichen.

Nur wenigen Jobcentern gelingt es, geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen in relevanter Größenordnung weiterzuführen, den Einbruch durch kommunale Mittel für die Beschäftigungsförderung abzufedern oder wegfallende zu kompensieren. Insgesamt kann man sagen:
Die Diskontinuität der arbeitsmarktpolitischen Förderung hat sich nochmals verschärft. Träger berichten, dass Maßnahmen fortgeführt werden können; zwei Monate später werden die Besetzungsquoten auf 70% mit erheblichen wirtschaftlichen Einbußen für die Träger gekürzt, erfolgreiche Maßnahmen werden nicht fortgeführt und Laufzeiten werden nochmals gekürzt. Gerne wird eine Beteiligung der Träger inszeniert – „es gibt Kürzungen um X Prozent, ihr als Träger könnt entscheiden welche Maßnahmen ihr kürzt oder ganz streicht“.
Unsichere oftmals zeitlich befristete Maßnahmen und Beschäftigungsverhältnisse befördern einen Brain-Drain an andere Bereiche der sozialen Arbeit und damit einhergehend

Die Hatz auf Bürgergeldempfängerinnen verlängert sich auf diejenigen, die mit vielen Ideen und Engagement sinnstiftende Arbeit und Qualifizierung für arbeitslose Frauen und Männer entwickeln.

einen Verlust an Expertise im Feld Arbeit mit Langzeitarbeitslosen.
Die Bereitstellung sinnstiftender Arbeit, wie sie in vielen Projekten geleistet wird, ist auch ein Aspekt einer Armutsökonomie. Sozialkaufhäuser, Möbellager u.a.m. leisten hier einen wichtigen Dienst in der Versorgung von Arbeitslosen und Armen. (vgl. auch das Stichwort Verschuldung in diesem Beitrag). Dabei sind sie nicht nur von arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Bedeutung. Neben ihrer Funktion in der regionalen Kreislaufwirtschaft haben die Sozialkaufhäuser bislang einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung der Träger geleistet, der sich aktuell in vielen Regionen erheblich reduziert. Die Notwendigkeit der Eigenfinanzierung ist auch ein Zeichen für die Ernsthaftigkeit und Notwendigkeit der dort geleisteten Arbeit. Billigware aus China, der Einbruch des Markts für Alttextilien und der massive Rückgang öffentlich geförderter Beschäftigungen gefährden viele Sozialkaufhäuser. Sie führen schon jetzt zur Reduktion von Öffnungszeiten und des Dienstleistungsangebotes und haben punktuell schon zur Schließung beigetragen.
Bisher geübte Kooperation mit den Jobcentern wird wie das Arbeitsfeld prekärer, Bund und Land kürzen Mittel entgegen dem Anwachsen von Arbeitslosigkeit. Im Zuge vorauseilenden Gehorsams werden avisierte Einsparungen nicht selten schon umgesetzt.
Die gegenseitige Deckungsfähigkeit der SGB-II-Haushalte (Verwaltungshaushalt und Eingliederungstitel) muss dringend aufgehoben werden. Der Verwaltungshaushalt (Kosten für die Jobcenter) ist endlich so finanziell auszustatten, dass die Jobcenter nicht in erheblichen Umfang (regional bis 50 %) auf die Mittel zugreifen müssen, die eigentlich der

© Christian Bauer

Eingliederung von Arbeitslosen dienen sollten.
Hinsichtlich UkrainerInnen, die vom Job-Turbo profitieren sollen, regt nicht nur Bayerns MP Söder an, die über Asylbewerberleistungsgesetz zukünftig zu finanzieren. Populismus und Ahnungslosigkeit auch hier, weil für diesen Personenkreis nach derzeitiger Gesetzeslage dann auch keine Sprachkurse oder andere Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt mehr greifen und ein Arbeitsverbot zumindest in den ersten 6 Monaten damit verbunden ist.
Allen Unsicherheiten und Veränderungen, die hier beschrieben wurden, liegt die Idee zu Grunde, den Vermittlungsvorrang von Angeboten in den Vordergrund zu stellen. Dabei geht es nicht mehr um Qualifizierung – nicht mal niederschwellige – und soziale Begleitung im Blick auf die Integration in den Arbeitsmarkt, sondern um den Zwang zur direkten Vermittlung. Die Prognose zu diesem Vorgehen bei der Gruppe der Langzeitarbeitslosen: Dieser Ansatz stellt kein nachhaltiges Vorgehen (Drehtüreffekt) dar. Gesellschaftlich werden die Folgen eher teuer werden und der Gesellschaft später „auf die Füße fallen“.

Der Zwang zur direkten Vermittlung stellt kein nachhaltiges Vorgehen dar. Gesellschaftlich werden die Folgen eher teuer werden und der Gesellschaft später auf die Füße fallen.

Dieser Zwang zeigt sich regional auch noch in einem weiteren Aspekt: Anbieter verschiedener Arbeits- und Lernbereiche dürfen den Arbeitslosen diese nicht mehr präsentieren und dann mit den Betroffenen sehen und entscheiden, welcher Bereich am ehesten ihren Interessen und Neigungen entspricht. Dies ist normalerweise ein wesentlicher Faktor, Zuspruch zur Arbeit und den neuen Herausforderungen zu stärken, Kompetenzen zu fördern und die Erfahrung „ich kann was“ (Selbstwirksamkeit) zu machen. Auch hier macht sich als „Verordnung“ Zwang breit, wenn die Jobcenter-MitarbeiterInnen ein bestimmtes Arbeits- und Handlungsfeld bestimmen und damit nicht selten eine Abwehrhaltung gegen das „Angebot“ auslösen. Die positiven Wirkungen eines offenen Entscheidungsprozesses werden oder wollen nicht gesehen werden.
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden umfangreich und mit erheblichen finanziellen Ressourcen evaluiert. Angesichts der fehlenden Planungssicherheit in der Arbeitsmarktpolitik werden die Erkenntnisse der Evaluationen jedoch kaum und keinesfalls nachhaltig für eine fachlich adäquate Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Angebote genutzt.

Die Tendenz zur kurzfristigen Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage verschärft sich.

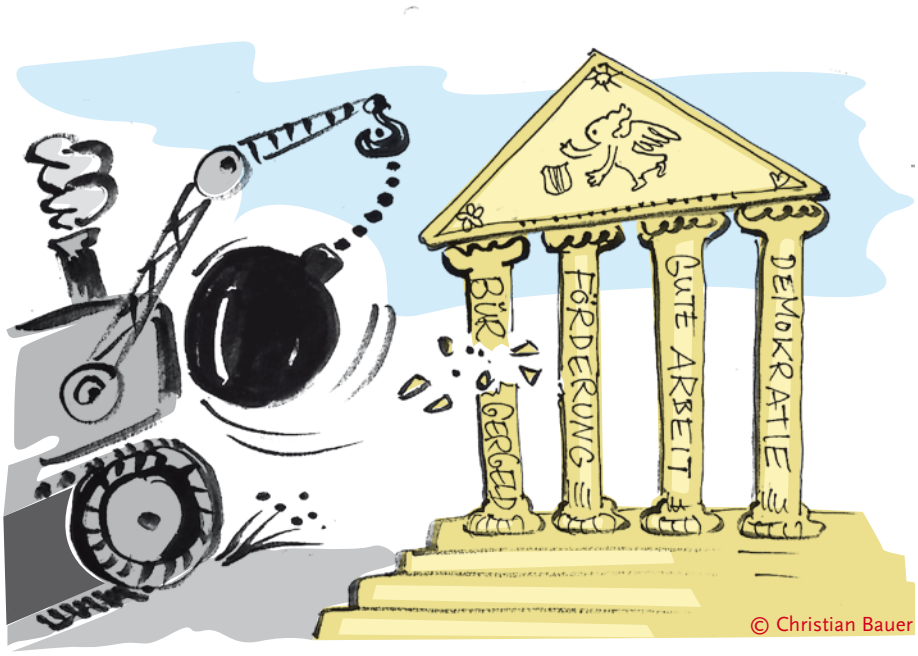
Ende der 80-iger Jahre hatte ich als Mitarbeiter beim Volksverein Kontakt mit einer Mitarbeiterin des Arbeitsamtes – wie es damals hieß. Die formulierte damals ironisch verzweifelt: „Die Bundesregierung macht uns jedes Jahr ein Geschenk – jedes Jahr gibt es eine Gesetzesnovelle“. Heute sind es nicht immer Gesetze, manchmal Verordnungen, Verfügungen, Programme: Die Drehzahl mutmaßlicher Veränderungen wird nicht weniger. Das komplexe Arbeitsfeld, mit multiplen Problemlagen umzugehen, braucht eigentlich Professionalisierung und Kontinuität. Entwicklungen mit und für die Menschen brauchen Zeit – dem stellt sich auch die aktuelle Bundesregierung mit ihren Ankündigungen massiv entgegen.

Hermann-Josef Kronen unter Mitarbeit von
Ina Heythausen Diakonisches Werk - RWL,
Andrea Raab Caritas Köln
und Roman Schlag Caritas Aachen

Warum der heutige Frontalangriff auf die Soziale Marktwirtschaft?

Der Sozialstaat – ein Erfolgsmodell, das demontiert wird

Die soziale Marktwirtschaft, ein Erfolgsfaktor für den Aufstieg der deutschen Volkswirtschaft, wird zugrunde geredet. Alfred Müller-Armack, der „Erfinder“ des Sozialen in einer Marktwirtschaft, der unter Ludwig Erhard den Nutzen einer Sozialpolitik in unsere Gesellschaft einbrachte, sah wie heute auch die Beachtung der Sozialen Gerechtigkeit als elementar an.



© Christian Bauer

In den folgenden Jahrzehnten wurden die Grundprinzipien für eine Sozialpolitik entwickelt. Insbesondere das Solidaritätsprinzip, abgeleitet von der katholischen Soziallehre, zwingend notwendig, wenn eine neoliberale Einkommens- und Vermögenspolitik gefahren wird. Die Lohnspreizung ist dafür ein beredtes Beispiel, z.B. ein Vorstandsvorsitzender „verdient“ im Durchschnitt das 260-fache eines Durchschnittsverdieners. Dies erzürnt nach neuen empirischen Umfragen die Bürger insbesondere. Daneben ist der Vermögensaufbau immer schwieriger geworden, der sich früher durch einen Hausbau manifestierte. Aber in den siebziger Jahre war dies mit einem Durchschnittseinkommen sehr wohl möglich, da das Grundstück ca. das sechsfache eines Jahreseinkommens kostete, heute aufgrund extrem starker Spekulationen können wir von dem 38-fachen Jahreseinkommen ausgehen.

Um sich noch einmal zu vergegenwärtigen, welche Grundprinzipien gelten sollen, siehe die Übersichten über die Grundprinzipien in der Sozialen Marktwitschaft auf diesen Seiten.

Nicht die Anzahl der Menschen finanzieren die Sozialversicherungsträger, sondern die Produktivität der Menschen auf gut bezahlten Arbeitsplätzen.

Schon Oswald von Nell-Breuning erkannte 1967, *„dass weitgehend Übereinstimmung darüber besteht, dass die heute bei uns bestehende Verteilung der Vermögen in entscheidendem Maße durch die politischen Katastrophen der letzten Jahrzehnte geprägt und in viel höherem Maße durch glückliche oder unglückliche Zufälligkeiten als durch Leistung und Verdienst bestimmt ist und sich damit als fragwürdig erweist.“*

Hieran hat sich in den letzten 5 Jahrzehnten nichts geändert. Im Gegenteil: Der massive Druck auf die Lohneinkommen, welche sich in einem stetigen Absinken der bereinigten Lohnquote von z.B. 1980 bis 1998 von 65 auf 60% niederschlägt, macht es vermögenslosen Arbeitnehmern kaum noch möglich, eigenes Vermögen aufzubauen. Hier muss eine Umverteilung stattfinden, da ansonsten die Spanne zwischen den Vermögenden und Vermögenslosen weiter ansteigt. Soll es als normal gelten, dass die obersten 1% der Vermögenden über 30% des Geld- und Sachvermögens verfügen? Oder die obersten 10% über 60% des Vermögens und die unteren 20% keinerlei Vermögen haben? 60% der Haushalte

Zielsetzung der sozialpolitischen Leistungen

Herstellung einer sozialen Gerechtigkeit, die in der Marktwirtschaft durch systemimmanente Handlungsweisen nicht erreicht werden kann.

Arten der sozialen Gerechtigkeit

Formale Gerechtigkeit	Materiale Gerechtigkeit umfasst mehrere Ausprägungen:		
	Startgerechtigkeit	**Leistungsgerechtigkeit**	**Bedarfsgerechtigkeit**
			3 Varianten
Gleiche Rechte und Pflichten für alle Bürger, d.h. Gleichheit des staatsbürgerlichen Status	Jedem soll die gleiche Chance gegeben werden, z.B. in der Bildung und Ausbildung	Leistung und Gegenleistung, also Ware und Preis sollen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen (auch Lohn)	Absolute Bedarfsgerechtigkeit: „Jedem nach seinen Bedürfnissen“
			Sicherung eines gleich hohen Einkommens; Anreizproblematik
			Unabhängig von der Leistungsfähigkeit: Mindesteinkommen

Grundprinzipien der Sozialpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft

Diese Grundprinzipien widersprechen sich zum Teil einander. Deshalb muss jeweils abgewogen werden, welches Prinzip für die aktuelle Problemstellung entscheidender ist.

Selbstverwaltung

In Ansätzen seit 1849, voll ausgestaltet seit 1883: zeigt die Bedeutung in der Mitwirkung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei der Willensbildung des Versicherungsträgers.
Bedeutet die selbstverantwortliche dezentralisierte Erfüllung der Aufgaben entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip durch Solidargemeinschaften im Rahmen gesetzlicher Zielvorgaben.

Solidaritätsprinzip

Das Prinzip geht von der Zuordnung des Einzelnen auf die Gemeinschaft aus. Es erfolgt eine gegenseitige Hilfe im Rahmen von Solidargemeinschaften nach dem Grundsatz der christlichen Soziallehre: Alle für einen und einer für alle!
Grundlage ist eine Übereinstimmung der Beteiligten in den Lebenslagen,-anschauungen und sonstigen Interessen. Je größer aber die Gruppe, umso schwächer wird die freiwillige Solidarität, so dass zwangsweise Solidarhaftung notwendig wird.

Subsidiaritätsprinzip

Dieses Prinzip spielt eine große Rolle in der katholischen Soziallehre und wurde erstmals von Pius XI 1931 in einer Sozialenzyklika formuliert. Grundlegend ist dabei der Gedanke, dass dem einzelnen von der Gesellschaft nicht abgenommen werden soll, was er aus eigener Kraft leisten kann. Dieses Prinzip bezieht sich jedoch nicht nur auf den Vorrang der Person vor der Gesellschaft, sondern auch auf den der kleineren vor der größeren Gemeinschaft. Daraus ergibt sich, dass soziale Probleme auf einer möglichst niedrigen Ebene gelöst werden sollten; Selbsthilfe hat also Vorrang vor Hilfe durch die Familie, diese vor Hilfe durch Wohlfahrtsverbände und diese wiederum vor Hilfe durch den Staat. Dabei soll die Gesellschaft „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten, auf keinen Fall die Initiative ersetzen.

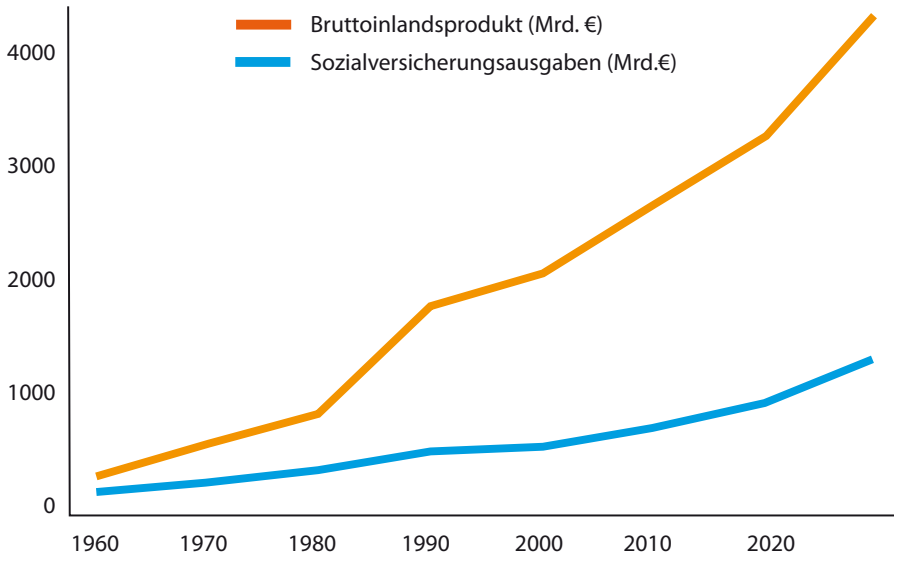
Sozialstaatsprinzip

Dieses Prinzip ergibt sich aus den Art. 20 und 28 GG

können sich spontan, wenn die Waschmaschine kaputtgeht, diese nicht sofort kaufen! Selten wurden und werden die sozialpolitischen Prinzipien in solch massiver Form in Frage gestellt. Man argumentiert zum Teil mit absoluten Zahlen, um die Sozialpolitik zu diskreditieren, obwohl nur eine Relativierung in % des BIP den wahren Kern der sozialpolitischen Entwicklung darstellt. Und hier ist die Sozialleistungsquote von zurzeit 31,2%, ein Wert wie in den letzten 30 Jahren (1996 betrug der Wert 28,6%), ein häufig in falschen Zusammenhängen diskutierter Weg. Man erkennt an der Abbildung rechts wie stark das BIP steigt und dagegen die eher moderate Steigerung der Sozialausgaben.

Und die einseitige Litanei, dass alleine durch die demographischen Entwicklungen der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar sei, propagiert in allen Talkshows, setzt ökonomische Überlegungen außer Kraft. Nicht die Anzahl der Menschen finanzieren die Sozialversicherungsträger, sondern die Produktivität der Menschen auf gut bezahlten Arbeitsplätzen. D.h. eine Wirtschaftspolitik gepaart mit tarifpolitischen Rahmenbedingungen, z.B. einem Tariftreuegesetz, schaffen die Einkommensbasis von der mit den Sozialversicherungsbeiträgen die Säulen der Sozialversicherung finanziert werden können. Die Sozialbeiträge, von den Arbeitgebern Lohnnebenkosten genannt, werden dann entsprechend dem Wohlstandsgewinn, sprich dem Wirtschaftswachstum in BIP gemessen, gestaltet. Ein Wermutstropfen in diesem Zusammenhang ist die Einfügung einer Beitragsbemessungsgrenze (BMG) bei der Rentenversicherung in Höhe von 96.600 Euro im Jahr 2025, die bei der Krankenversicherung sogar nur 75 % beträgt, d.h. 66.150 Euro (2026: 77.400 Euro) „begrenzt die Finanzierungsmöglichkeiten“ zuungunsten einer möglichen Umverteilung! Und dies nur, um in der Krankenversicherung den privaten Zweig attraktiv zu machen, und bei der Rentenversicherung mit der fadenscheinigen Argumentation man wolle nicht „zu hohe gesetzlichen Renten“ auszahlen.
Absoluter Höhepunkt einer verblendeten sozialpolitischen Debatte, ist die Diskussion um das Bürgergeld. Jenseits der „Ausnutzung“ dieser steuerfinanzierten Transferleistung (ca. 100 Mio. Euro), welcher sich im unteren einstelligen Prozentbereich befindet, hat nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht das Existenzminimum für mittellose Menschen oder Aufstocker festgelegt. Dieser Wert ist nicht diskutierbar. Die Gründe für die Inanspruchnahme des Bürgergeldes werden wenig erwähnt, sondern nur evtl. Ausnutzungsmöglichkeiten. Die Bekämpfung der Armut, die ca.

Entwicklung von BIP und Sozialversicherungsausgaben in Deutschland
1960–2024 in Milliarden Euro



18% der Bevölkerung umfasst und insbesondere die Kinderarmut die beschämend für ein westeuropäisches Land 25% beträgt, sind die Gründe für die 49 Mrd. Euro, die aus Steuermitteln aufgebracht werden müssen. Einsparungen durch die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt wären hilfreich, aber zurzeit steigt die Arbeitslosigkeit auf über 3 Millionen und die offenen Arbeitsplätze weisen ein typisches Mismatch-Problem auf, d.h. die vorhandenen Qualifikationen passen nicht zu den Arbeitsplätzen. Außerdem verursacht die technologische Innovation der Künstlichen Intelligenz, die gerade in einfachen kaufmännischen Berufen, wie z.B. BuchhalterInnen, AnwaltsgehilfInnen u.a. massive Entlassungswellen befürchten lassen.

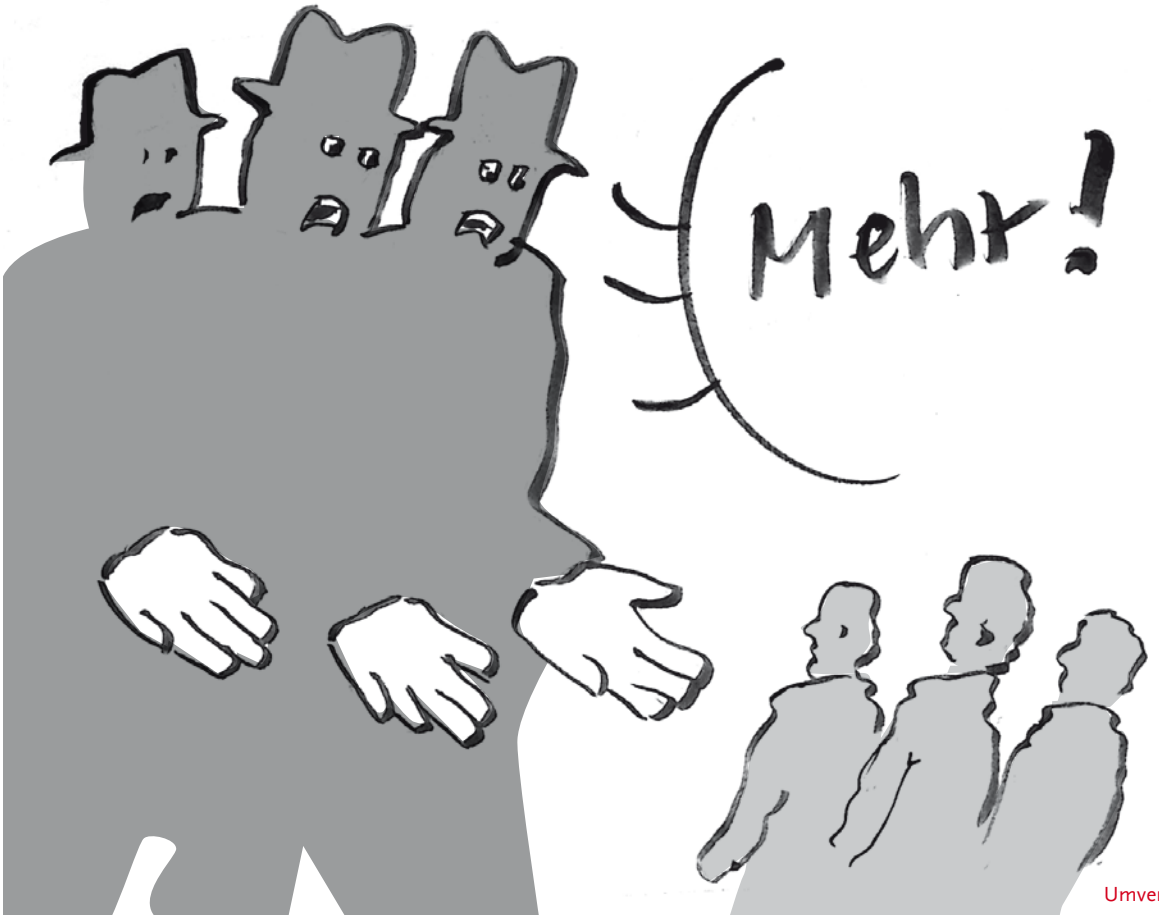
Aber auch mehr als jeder andere Wohlfahrtsstaat der Welt ruht das soziale Sicherungssystem in Deutschland auf zwei Stützpfeilern, die zunehmend ins Wanken geraten: einer Vollzeit und kontinuierlich von der Lehre bis zum Erreichen des Rentenalters sozialversicherungspflichtig betriebenen Erwerbsarbeit („Normalarbeitsverhältnis“) sowie dem Organisationsprinzip der Hausfrauenehe bzw. des männlichen Familienernährers („Normalfamilie“). Diese beiden für das reibungslose Funktionieren des sozialen Sicherungssystems geradezu konstitutiven Normalitätsannahmen wurden und werden brüchig. Durch eine weitere Ausdifferenzierung der Arbeits- und Lebensformen könnten sich die Fundamente des lohn-, beitrags- und leistungsbezogenen Systems der sozialen Sicherheit auflösen.

Wir müssen zurückkommen zu einer objektiven Auseinandersetzung, in der der Nutzen für unsere Gesellschaft, insbesondere in einer Situation zunehmender Spaltung und Klassenbildung, die uns auseinanderreißen könnte, klar dargestellt wird. Auch die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaftsordnung kann nur mit Hilfe sozialpolitischer Unterstützung für die Niedrigeinkommens-Haushalte umgesetzt werden. Aber zurzeit die Wahl, welche Wirtschaftsordnung kommen soll: Entweder in einer „solidarischen“ Marktwirtschaft oder in einer neoliberalen/neokapitalistischen Marktwirtschaft, die einen Nachtwächterstaat propagiert und die materielle Ungleichheit für ökonomische Anreize nutzt. Schon heute „spielen“ wir mit der Lebenserwartung der Menschen, z.B. leben gesetzlich Krankenversicherte sieben Jahre weniger als Privatversicherte. In der Rentenversicherung besteht eine Umverteilung von unten nach oben, da bei einer fixen Altersgrenze, Renten aus einer stark körperlich anstrengenden Erwerbstätigkeit wesentlich kürzer ausgezahlt werden müssen (ca. 8 Jahre) als bei „Schreibtischtätigkeiten).

Durch eine weitere Ausdifferenzierung der Arbeits- und Lebensformen könnten sich die Fundamente des lohn-, beitrags- und leistungsbezogenen Systems der sozialen Sicherheit auflösen.

Wir müssen uns fragen, was wir mit dem Steigen unserer Produktivität und dem Einkommen machen, wie es auch Thomas Piketty mit seinem berühmten Buch *„Das Kapital im 21. Jahrhundert“* thematisiert. Reformvorschläge gibt es zuhauf und nach vielen Umfragen wünschen sich die Menschen risiko-abbauende Sozialpolitik, da die meisten Eltern auch nicht mehr sagen können, dass es ihren Kindern besser gehen wird als ihnen. Auch das BafÖG, zur Herstellung einer Bildungsangleichung in den siebziger Jahren eingeführt, bekommen nur noch 8% und nicht wie in den siebziger Jahren 23%! Studierende aus Arbeiterfamilien sind absolut die Ausnahme. Wir benötigen Reformen, welche die Sozialbeiträge maßhalten lässt und eine höhere Steuerfinanzierung für die sogenannten versicherungsfremden Leistungen sowohl in der Kranken- als auch in der Rentenversicherung. Neue Bündelungen von Transferleistungen, welche den Bürokratieabbau beschleunigen können, sind auch vorstellbar, wie z.B. Arten eines Grundeinkommens. Es kann keine Alternative sein, nichts gegen Obdachlosigkeit/Wohnungslosigkeit bzw. gegen den 23% umfassenden Niedriglohnsektor zu tun. Wir müssen uns an skandinavische Absicherungssysteme annähern, damit das Abrutschen unseres Wohlstandsniveaus nicht noch größer wird.

Ralf Welter



Umverteilung © Christian Bauer

Wie geht es den Menschen im Bürgergeldbezug?

Ein Stimmungsbild nach zwei Jahren Bürgergeld

Zwei Jahre nach Einführung des Bürgergeldes macht die Umfrage die Lebensumstände von Bürgergeldbeziehenden sichtbar und lässt sie selbst zu Wort kommen. Im Zeitraum vom 8.–28. April 2025 wurden 1.014 Bürgergeldempfänger*innen zwischen 18 und 67 Jahren zu drei Themenbereichen befragt:

1) Auskommen mit dem Regelsatz

2) Arbeitssuche und der Kontakt zum Jobcenter

3) Beziehung zur Gesellschaft

Die Daten wurden vom Umfrageinstitut Verian (ehemals Kantar Public) über das Payback Online-Access-Panel erhoben. Durch eine abschließende soziodemografische Gewichtung auf Basis der amtlichen Statistiken sind die Daten geeignet, um Aussagen über die Grundgesamtheit der Bürgergeldbeziehenden in Deutschland zu treffen.

1

Der Regelsatz von monatlich 563 Euro reicht laut großer Mehrheit der Befragten (72 %) nicht aus, um ein würdevolles Leben zu führen. Selbst Grundbedürfnisse werden nicht ausreichend erfüllt: Nur 9 % halten eine gesunde Ernährung mit dem Regelsatz für möglich und nur jede*r zweite Befragte gibt an, dass in ihrem Haushalt alle satt werden. Ein Drittel verzichtet auf Essen, um andere Bedürfnisse erfüllen zu können; insbesondere Eltern verzichten auf Essen zu Gunsten ihrer Kinder (54 %). Viele der Befragten berichten von einem Leben am Limit: Sonderausgaben wie eine Stromnachzahlung oder eine kaputte Waschmaschine stellen substantielle Einschnitte dar. Ein knappes Drittel muss sich verschulden, um den Alltag bewältigen zu können und 77 % empfinden ihre finanzielle Lage als psychisch belastend.

2

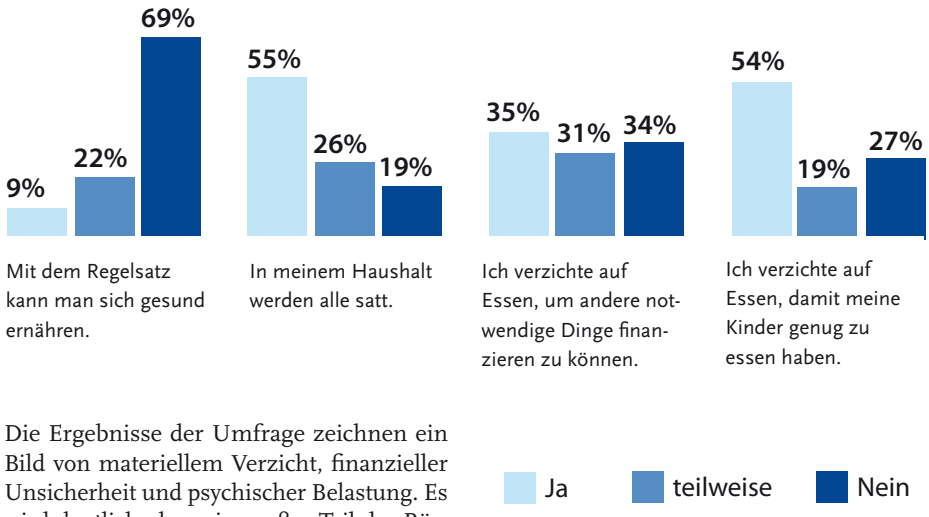
Der Wunsch vom Bürgergeld unabhängig zu werden ist stark ausgeprägt (74 %). Jedoch sind nur Wenige zuversichtlich, dass sie auch eine Stelle finden werden, mit der sie den Bürgergeldbezug beenden können (26 %). Die Mehrheit der Befragten gibt an, dass körperliche Einschränkungen (59 %) oder psychische Erkrankungen (57 %) für sie eine Hürde bei der Arbeitssuche darstellen. Aber auch strukturelle Hürden wie regionale und Qualifizierungs-Mismatches werden deutlich. Darüber hinaus werden die Jobcenter bei der Arbeitssuche nur als bedingt hilfreich wahrgenommen. Deutlich wird jedoch, dass viele Leistungsbeziehende sich bessere Unterstützung bei der Beseitigung ihrer Vermittlungshemmnisse wünschen, und sofern dies nicht möglich ist, auch Arbeitsstellen, die mit diesen Hemmnissen vereinbar sind.

3

Gesellschaftliches Stigma und Scham sind unter den Befragten sehr präsent. Nur 12 % fühlen sich zur Gesellschaft zugehörig und 42 % geben an, dass sie sich schämen, Bürgergeld zu beziehen. Dabei sagt die große Mehrheit, dass vielen Menschen nicht klar sei wie schnell sie selbst ins Bürgergeld rutschen können (82 %). Die Mehrheit der Befragten (72 %) hat Angst vor weiteren Verschärfungen im Bürgergeld: Insbesondere die mögliche Wiedereinführung eines vollständigen Leistungsentzugs wird von den Befragten als akut existenzgefährdend beschrieben.

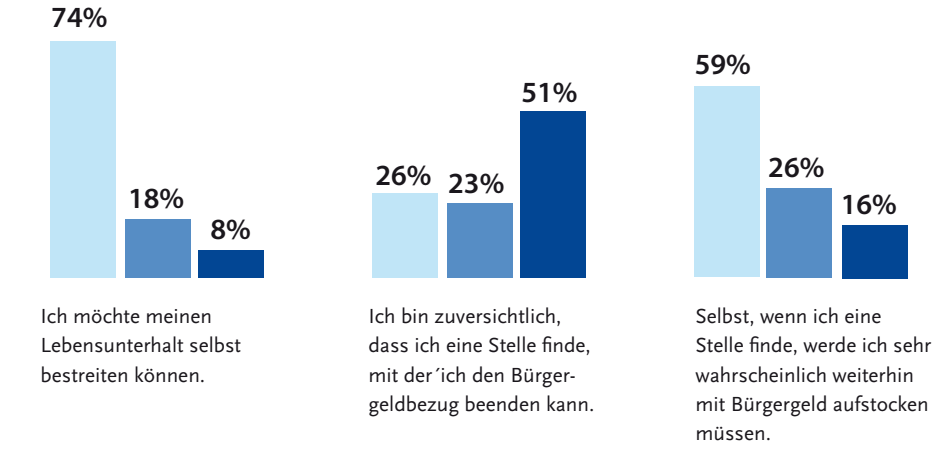
Diese Studie drucken wir mit freundlicher Genehmigung der NGO „sanktionsfrei“ ab. Sie ist eine eindrucksvolle empirische Bestätigung für die vielen Facetten des Elends, in dem Menschen enden, die auf Bürgergeld angewiesen sind. Die von uns verbreitete Kurzfassung der Studie sollte dazu ermuntern, die Langfassung zu studieren, um noch tiefer in die Lebensrealität von Millionen Menschen einzutauchen.
https://sanktionsfrei.de/studie25

Abb.1: Ernährung mit dem Regelsatz



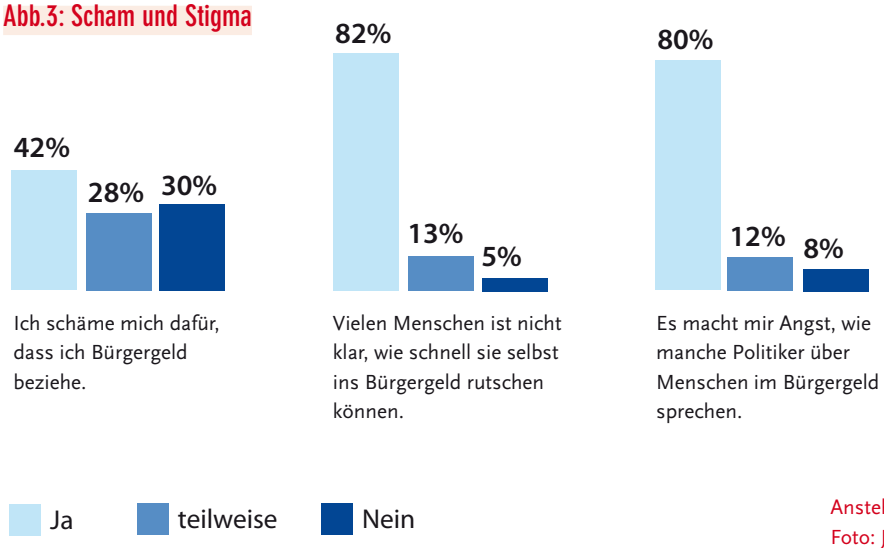
Die Ergebnisse der Umfrage zeichnen ein Bild von materiellem Verzicht, finanzieller Unsicherheit und psychischer Belastung. Es wird deutlich, dass ein großer Teil der Bürgergeldbeziehenden ihre Grundbedürfnisse mit dem Regelsatz kaum decken kann. Dies sollte bei der Festlegung sowie bei den Regeln der Fortschreibung des Existenzminimums berücksichtigt werden.

Abb.2: Unabhängigkeit vom Bürgergeld und Erwartungen bei der Jobsuche



Die geringe Hoffnung auf bedarfsdeckende Arbeit lässt aufhorchen. Statt den Fokus stets auf mangelnde Arbeitsbereitschaft zu richten, stellt sich die Frage, inwiefern es für Personen im Bürgergeld tatsächlich ausreichend bedarfsdeckende Stellen gibt; wie realistisch es für die
meisten Bürgergeldbeziehenden ist, den Leistungsbezug verlassen zu können; und welche Art der Unterstützung sie dabei bräuchten.

Abb.3: Scham und Stigma



Anstehen an der Tafel
Foto: Jutta Goebel

Die Daten lassen erahnen, welche Spuren der derzeitige Diskurs über die Grundsicherung für Arbeitsuchende bei Bürgergeldbeziehenden hinterlässt. Gefühle von Scham und Stigmatisierung sowie ein schwaches gesellschaftliches Zugehörigkeitsgefühl stehen in starkem Widerspruch zu der eigentlichen Funktion der Grundsicherung für Arbeitsuchende – nämlich als soziales Sicherungsnetz für die Gesellschaft als Ganzes. Bei der (Neu-)gestaltung der Grundsicherung sollten auch die Erfahrungen und Bedürfnisse der Bürgergeldbeziehenden selbst stärker gehört und berücksichtigt werden.

Gesine Höltmann,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Sanktionsfrei & Gastwissenschaftlerin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Über Sanktionsfrei e.V.
Der gemeinnützige Verein Sanktionsfrei setzt sich seit 2015 für eine menschenwürdige Grundsicherung ein. Mit juristischer und finanzieller Unterstützung sowie durch Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Erwerbslosigkeit und Armut unterstützt der Verein die Belange von Personen in Bürgergeld und Grundsicherung. www.sanktionsfrei.de
Die folgende Studie „Wie geht es den Menschen im Bürgergeldbezug?“ drucken wir mit freundlicher Genehmigung der NGO „sanktionsfrei“ in gekürzter Fassung ab.
www.sanktionsfrei.de/studie25

Der wachsenden sozialen Ungleichheit entgegenwirken

Interview mit Julia Jirmann, Netzwerk Steuergerechtigkeit

Im Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland arbeiten Gewerkschaften, kirchliche und entwicklungspolitische Organisationen, soziale Bewegungen, Umwelt- und Menschenrechtsverbände, wissenschaftliche Institutionen und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen sowie aktive Einzelpersonen zusammen. Gemeinsam engagieren sie sich auf verschiedenen Feldern für eine am Gemeinwohl orientierte Steuer- und Finanzpolitik. Wir haben Julia Jirmann, Referentin für Steuerrecht und Steuerpolitik im Netzwerk, gebeten, uns einige Fragen zur aktuellen Sozialpolitik zu beantworten.

Die folgenden Fragen beziehen sich auf das Programm der Bundesregierung unter Merz, das soziale Kürzungen und Schwächung von Arbeitnehmerrechten vorsieht sowie Unternehmen und Reiche entlastet:

Wie bewertet das Netzwerk Steuergerechtigkeit die geplanten sozialen Kürzungen im aktuellen Regierungsprogramm?
Während große Unternehmen und damit Vermögende durch die bereits von der GroKo verabschiedeten Maßnahmen entlastet werden, treffen die sozialen Kürzungen vor allem Menschen mit geringem Einkommen. Mit Blick auf die ohnehin große soziale Ungleichheit in Deutschland, ist das äußerst problematisch.

Welche Auswirkungen erwarten Sie konkret auf die 40 Prozent einkommensschwächsten Haushalte, wenn Unternehmen und Reiche stärker entlastet werden?
Beschlossen ist bereits, dass allein in den nächsten vier Jahren Unternehmen Steuervergünstigungen in Höhe von fast 50 Milliarden Euro erhalten. Der Großteil davon kommt den oberen Einkommensgruppen zugute: Rund 90 Prozent entfallen auf die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung, fast 70 Prozent davon allein auf das oberste Prozent. Die Koalition hat zwar angekündigt, auch die arbeitende Mitte zu entlasten – doch ob dafür noch finanzieller Spielraum bleibt, ist fraglich.

Wie könnte sich die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen durch diese Politik weiter verschärfen?
Das Aussetzen der Vermögensteuer und weitere Steuerreformen der vergangenen Jahrzehnte – insbesondere Steuersenkungen für Unternehmen – haben dazu geführt, dass Superreiche heute nur etwa halb so hohe Steuer- und Abgabensätze zahlen wie die breite Mitte der Gesellschaft, die überwiegend von Arbeitseinkommen lebt. Auch die neue Regierung setzt diesen Trend fort: Durch sinkende Unternehmenssteuern werden Superreiche künftig noch weiter entlastet. Die Ungleichheit dürfte sich dadurch weiter verschärfen.

Welche Instrumente und Strategien sieht das Netzwerk, um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken?
Große Vermögen müssen stärker zur Finanzierung der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen herangezogen werden. Das könnte nicht nur finanzielle Spielräume schaffen, sondern auch der wachsenden sozialen Ungleichheit entgegenwirken. Eine erste wichtige Baustelle dabei ist die Erbschaftsteuer. Aktuell ist sie weder effizient noch gerecht. Die Privilegien für große Unternehmensvermögen müssen abgebaut werden. Ein weiterer Schritt: Eine Vermögensteuer für Superreiche. Weil Einkommen aus sehr großen Vermögen derzeit nur unzureichend besteuert wird, braucht es eine Mindeststeuer auf große Vermögen, um das auszugleichen.

Julia Jirmann

Wie kann das Netzwerk Steuergerechtigkeit gemeinsam mit seinen Mitgliedern (z.B. Gewerkschaften, kirchliche Organisationen) öffentlichen Druck aufbauen?
Indem wir unsere Kräfte bündeln. Wir bringen zivilgesellschaftliche Akteure zusammen, um koordinierte Kampagnen zu starten, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und setzen das Thema faire Besteuerung sowie die hohe Vermögensungleichheit auf die politische Agenda – verbunden mit konkreten Forderungen an die Politik.

Welche politischen und gesellschaftlichen Bündnisse sind notwendig, um eine progressive Steuer- und Finanzpolitik durchzusetzen?
Wir brauchen eine breite Allianz – aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, kirchlichen Organisationen, Umweltinitiativen, Wissenschaft und progressiven Kräften in Politik und Zivilgesellschaft. Es geht darum, eine Gegenmacht zu der gut organisierten Lobby der Vermögenden aufzubauen und politische Mehrheiten zu verschieben.

Welche Rolle spielen internationale Netzwerke wie die Global Alliance for Tax Justice dabei, gegen Steuerflucht und Schattenfinanzwirtschaft vorzugehen?
Eine zentrale Rolle. Steuervermeidung und -flucht sind globale Probleme. Am effizientesten können wir Transparenz in Finanzströme bringen, Steueroasen austrocknen und multinationale Konzerne fair besteuern. Die Global Alliance for Tax Justice vernetzt zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit und gibt dem Thema auf internationaler Bühne Gewicht.

Wie können wissenschaftliche Analysen und öffentliche Bildungsarbeit dazu beitragen, das Bewusstsein für Steuergerechtigkeit zu stärken?
Die Vermögensteuer beispielsweise hat breite Unterstützung – quer durch alle Wählergruppen. Doch der politische Druck reicht bislang nicht aus, weil viele Menschen die Drohkulisse großer Lobbyakteure verinnerlicht haben: angebliche Gefahren für Investitionen und Arbeitsplätze. Wissenschaftliche Analysen können diese Mythen entkräften. Entscheidend ist, dass steuerpolitisches Wissen verständlich vermittelt wird – ich meine: wer die Mechanismen und die Bedeutung der Steuerpolitik versteht, kann sich glaubhaft für Steuergerechtigkeit einsetzen.

Welche konkreten Vorschläge hat das Netzwerk für eine gerechtere Unternehmensbesteuerung und die Bekämpfung von Steuervermeidung?
Zunächst ist wichtig, dass die globale Mindestbesteuerung von Unternehmen, auf die sich knapp 140 Staaten geeinigt haben, nicht ausgehöhlt wird – wie es derzeit etwa durch die USA geschieht. Darüber hinaus muss die effektive Besteuerung digitaler Großkonzerne sichergestellt werden, damit große Tech-Konzerne ihre in Deutschland erwirtschafteten Gewinne auch hier versteuern. Eine Digitalsteuer kann dafür ein erster Schritt sein. Langfristig braucht es aber auch eine Übergewinnsteuer, die über den Tech-Sektor hinausgeht.

Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass gesellschaftliche Mobilisierung und Proteste wie Demonstrationen oder Kampagnen die Politik beeinflussen können?
Die Geschichte zeigt: Große Finanz- und Steuerreformen in Deutschland und auch international wurden historisch oft durch Krisen, politische Machtverschiebungen oder besonders hohe Finanzierungsbedarfe ausgelöst. Angesichts der aktuellen Situation – der enormen Aufrüstungsausgaben, der Klimakrise und des demografischen Wandels – stehen wir eigentlich an einem solchen Punkt.
In dieser Situation sind Kampagnen, Proteste und breite gesellschaftliche Mobilisierung zentrale Hebel, um politischen Wandel anzustoßen. Das geschieht nicht über Nacht. Aber wer sich organisiert, kann öffentliche Debatten verschieben – und am Ende auch politische Entscheidungen beeinflussen.

www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/netzwerk/koordinierungkreis-und-team/

Die Finanzkrise war sein Paulus-Moment

Der Unternehmer Josef Rick fordert ein gerechtes Steuersystem

Als wir im Oktober 2024 unsere Veranstaltung „Gespaltene Gesellschaft – Zwischen Armut und Superreichtum“ durchführten, führten wir ein Interview mit Josef Rick, Multimillionär aus Düsseldorf, das nicht nur uns, sondern auch viele BesucherInnen beeindruckte: Josef Rick schaffte es, aus der Perspektive eines Menschen, der kein finanziellen Sorgen hat, auf die Ungerechtigkeiten der Gesellschaft zu blicken. Er forderte nicht nur höhere Besteuerung reicher Menschen, sondern konnte auch anhand seiner Rechenbeispiele belegen, wie eine Steuerreform, die alle Einkommen einbezieht, den Staatshaushalt sanieren könnte. Nicht zuletzt appellierte er an alle Teile der Gesellschaft, aus ihrer Lethargie in notwendige verändernde Aktivität aufzubrechen. Angesichts der Ankündigungen der Großen Koalition, Sozialabbau zu forcieren und die Spirale der Umverteilung von unten nach oben fortzuschreiben, baten wir Josef Rick noch einmal zum Interview.

Josef Rick: In aller Kürze, ich bin 69 Jahre alt, betreibe ein Immobilien-Entwicklungsunternehmen seit eigentlich schon 40 Jahren. Aktiv, bin ich seit 15 Jahren. Davor war ich längere Zeit Unternehmensberater und bin tätig im Rheinland, also im Wesentlichen in Düsseldorf, ein bisschen in Köln und Dortmund auch noch.
Ich habe mich aber aufgeregt über die Situation, wie bei uns auf ungerechtfertigte und ungerechte Art und Weise Steuern eingenommen werden und der Staat finanziert wird und ich glaube dadurch sind wir zusammengekommen.

BMA: Genau, das wäre auch sozusagen schon die erste Frage. Sie sagen gerade selber, „ich habe mich da aufgeregt“, wie sind Sie eigentlich zu dieser Fragestellung selber gekommen, dass Sie sich kritisch mit dem Steuersystem auseinandergesetzt haben?
JR: Ja gut, also wie die Steuersätze funktionieren, damit beschäftige ich mich natürlich schon länger, da hat man seinen Steuerberater, mit dem macht man das zusammen, und dass da erhebliche Schlupflöcher sind, das habe ich auch in den 80er Jahre schon entdeckt. Das habe ich aber, muss ich ganz offen sagen, auch als eine ganz normale Sache empfunden, die mir gut tut und ich habe gedacht, okay: von dir wollen die halt keine Steuern, das ist dann so, da wird der Staat sich schon was bei gedacht haben – ein bisschen oberflächlich. So richtig problematisch fand ich die Situation in der Finanzkrise 2008/2009. Ich war zufällig in New York bei meinem früheren Engagement in der Unternehmensberatung. Wir hatten da ein längeres Meeting und dann hieß es, die Lehman-Brothers sind am Ende und jetzt fallen ganz viele Kredite aus und ganz viele Banken hängen daneben. Dann kam ich nach Deutschland zurück und habe an einem Podium teilgenommen, von der Körber-Stiftung. Ich habe gesagt, Leute, wieso lasst ihr das eigentlich zu, dass die ganzen Verluste sozialisiert werden, denn ihr müsst das mit euren Steuern bezahlen, warum bricht hier nicht die Revolution aus? Dann hieß es: „Unternehmensberater ruft zur Revolution auf“. Ich fand das eigentlich ganz naheliegend, warum sollen normale Arbeitnehmer, die mit Spekulation nichts zu tun haben, die Spekulanten retten? Das ist ja de facto passiert.
Ich habe mir gesagt, wieso führt das nicht zu einer Diskussion darüber, wer hier für welche Schulden und für welche Verluste aufkommt. Das war so der Paulus-Moment, den ich hatte und habe gedacht, okay, da gehe ich jetzt mal ein bisschen näher rein und mache das auch sehr deutlich, was ich dazu denke.

BMA: Das schließt im Grunde sozusagen an eine sehr konkrete aktuelle Situation an. Ein Bereich innerhalb des Haushalts, der momentan heftig diskutiert wird und wo es auch sehr viel um Emotionen geht, ist das ganze Thema Bürgergeld. Da soll es eben massive Kürzungen geben. Es gibt eine Vorstellung von sozialen Kürzungen, Arbeitszeiten sollen erhöht werden, Lebensarbeitszeit, die Arbeitnehmerseite soll geschwächt werden, also auch die gewerkschaftliche Position. Wie wirkt diese Diskussion auf Sie?
JR: Ich kann nur sagen, ich wundere mich immer über das Verhältnis, wo angeblich der Staat von den armen Leuten ausgebeutet wird, im Verhältnis dazu, wie stark der Staat von den Reichen ausgebeutet wird.
Ich höre, es wird von allen Seiten irgendwie als Konsens genommen, es seien 14.000 oder 15.000 Leistungsverweigerer unter den Arbeitslosen. Wenn man dann annimmt, dass uns das ca. 100 Millionen kostet und wenn Sie dann die Schätzung nehmen, wie viel Steuerbetrug stattfindet, dann sind das über 100 Milliarden. Ganz grob gerechnet: Faktor 1000!
Da würde ich sagen, jetzt müssen wir mal überlegen, worüber sollen wir reden: über die 100 Milliarden oder über die 100 Millionen. Ich bin dafür, über die 100 Milliarden zu reden.

Josef Rick, Unternehmer, fordert höhere Steuern für Reiche.

BMA: Es sind nach offizielle Statistiken knapp 18.000 Leistungsverweigerer.

JR: Aber es geht in die Richtung und man darf mal grob rechnen, dann können sich die Leute die Eckzahlen besser merken, also 100 Millionen zu 100 Milliarden würde ich mal sagen: Leute, Obacht geben, das klingt ähnlich, ist aber Faktor 1000. Und wenn man sich um die wirklich wichtigen Dinge kümmert, dann würde ich erst mal bei 100 Milliarden anfangen.
Das ist meine Meinung. Aber wie gesagt, da reden wir über illegale Steuergestaltung, Steuerbetrug. Man weiß ja, 30 Milliarden Umsatzsteuerbetrug und dann haben wir eben die ganzen Ex-Cumgeschäfte und dann in den Gaststätten und sonstwo wird ja auch nicht immer richtig abgerechnet, aber das wissen wir ja alles. So, und das nehmen wir hin, weil wir sagen, ach irgendwie ist das schon in Ordnung, kann man so sehen. Ich sehe es anders, also jeder, der nach Gesetz und Recht Einkommen hat, das zu versteuern ist, der muss das versteuern, ganz einfach.

BMA: Was erwarten Sie denn gesellschaftlich, wenn jetzt weiter bei den 100 Millionen hingeschaut wird?
JR: Das bedeutet ja, dass man damit den politischen Kampf führt, also die Unteren schlagen auf die noch niedriger Stehenden ein und das hört man ja auch öfter im privaten Bereich von den Menschen, die nicht so komfortabel unterwegs sind, die dann sagen, ja, aber unser Problem sind doch die, die nicht arbeiten oder die Bürgergeldempfänger. Also es funktioniert und wir haben die blaue Partei, die das ja kräftig auswalzt, oder auch die CDU und man kann damit offensichtlich Leute mobilisieren. Erschreckend.

BMA: Umgekehrt geguckt, erwarten Sie mit der angepeilten Entlastung der Superreichen Effekte auf die Volkswirtschaft und auf den möglichen Konsum der Begünstigten, also der Reichen oder Superreichen? Ein Bericht der „Zeit“ über amerikanische Verhältnisse skizziert eine Situation, in dem die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher zunehmen, dann einen eigenen Konsumkreis bilden. Der Rest der Bevölkerung bleibt weitestgehend außen vor. Sehen Sie ähnliche Entwicklungen in Deutschland?
JR: Ja, das ist natürlich ein anderes Thema. Unser Oberwirtschaftsexperte ist ja Friedrich Merz, er hat, glaube ich, mal als Jurist ein paar Wochen oder ein paar Monate bei einem amerikanischen Fonds gearbeitet und heftet sich damit Wirtschaftskompetenz an. Das ist

Hermann-Fosef Kronen, Josef Rick und Günter Rexilius beim Interview

eine ziemliche Lachnummer. Das ist so, als wenn *ich* über Quantentheorie einen Beitrag leisten würde. Davon hab ich keine Ahnung, da halte ich mich raus und er redet über Wirtschaft und kennt nicht mal die Basics. Es ist also völlig unsinnig, was die Regierung jetzt macht. Sie senkt die Einkommen oder Ertragsteuern auf Unternehmen – perspektivisch. Wozu soll das denn führen? Wir sind in einer Marktwirtschaft und die funktioniert nicht danach, wie viel Steuern ich bezahle. Das ist die allerletzte Frage, die sich stellt. Es geht darum, wie viel Nachfrage gibt es. Wie viel Umsatz können wir machen? Das ist das Einzige, was die Vorstände interessiert. Und da sind die aber ganz vorsichtig. Dass eine Steuersenkung auf die Körperschaften, also auf die juristischen Personen, irgendwas auslöst, das ist ein Ammenmärchen. Ich weiß nicht, wie man dazu kommt. Also, wenn man die Wirtschaft ankurbeln will, dann muss der Staat Investitionen ausführen, wie wir das jetzt machen wollen, bei der Bahn, bei den vielen kaputten Brücken und bei den Schulen, die katastrophal sind, dadurch lösen wir Nachfrage aus. Und die Baukonzerne, die bestellen jetzt Bagger. Und bei Herrn Liebherr füllen sich die Auftragsbücher und dann baut er auch neue Fabriken. So läuft das. Und nicht durch irgendwelche Steuersenkungen, die interessieren in der Wirklichkeit der Betriebswirtschaften niemand. Das ist eine solche Mär. Und wenn Sie auf der Konsumseite sind, ja, wenn Sie die Reichen entlasten, die haben eine Konsumneigung von Null. Also das zusätzliche Einkommen, der zusätzliche Euro der Reichen ändert nichts an deren Verhalten, weil die eh alle Bedürfnisse befriedigt haben. Wenn Sie aber dem Sozialhilfeempfänger oder dem Bürgergeldempfänger 10% mehr geben, da gibt er die voll aus. Und der Mittelständler, der zwischen 50.000 und 100.000 Euro verdient, gibt 50% davon aus. So, jetzt müssen Sie sich überlegen, was Sie wollen. Wollen Sie die Nachfrage stärken? Wie gesagt, wir sind in einer Nachfragewirtschaft, um das klar zu sagen. Marktwirtschaft heißt Nachfragewirtschaft. Man kann die gut finden oder schlecht, das sind aber die Gesetze, die da gelten. Dann müssen Sie staatliche Investitionen tätigen und dann in der Reihenfolge dem unteren Drittel, dann dem mittleren Drittel und ganz zum Schluss dem oberen Drittel Geld in die Hand geben. Aber wir machen das Gegenteil. Das sind unsere sogenannten Wirtschaftsexperten.

Wir sind in einer Marktwirtschaft und die funktioniert nicht danach, wie viel Steuern ich bezahle. Das ist die allerletzte Frage, die sich stellt. Es geht darum, wie viel Nachfrage gibt es.

BMA: Also wenn Sie sagen, wir machen das Gegenteil, dann würde ich gerne nochmal nachhaken. Die Unternehmensverbände zollen der Regierung z.B. Beifall und stellen hier noch mehr Forderungen. Ich zitiere einen Leserbrief zu einem kritischen Kommentar zu den Sozialleistungen. *„Es ist eine Binsenweisheit, dass alles, was der Staat verteilen kann, zuerst einmal von der Wirtschaft erarbeitet werden muss. Großzügige Sozialpolitik ist nur bei einer funktionierenden und florierenden Wirtschaft möglich. Und letzteres haben wir zurzeit nicht.“* Das heißt, die Forderung von den Unternehmensverbänden, die immer wieder nach einer Senkung der Unternehmenssteuern verlangen, damit die Wirtschaft angekurbelt werden kann, damit auch garantiert ist, dass wir eine großzügige Sozialpolitik machen können. Nun haben wir aber schon ganz viele Millionäre und Milliardäre. Wie meinen Sie, kann man denn tatsächlich erreichen, dass wir mehr Umverteilung in der Gesellschaft haben.

JR: Das sind eigentlich zwei Fragen. Das eine ist, wie kurbeln wir die Wirtschaft an? Dazu habe ich ja gerade ein paar Dinge gesagt. Das ist wie Physik. Da gibt es Gesetze. Und wenn Sie in der Wirtschaft etwas gestalten wollen, dann müssen Sie sich diesen Gesetzen unterwerfen. Und das ist ganz gut, wenn man sich da mal ein bisschen wissenschaftlich oder von der Ausbildung her mit befasst hat. Ich erlebe hier viele Leute auch unter den Journalisten, die offensichtlich nicht den Hauch von den Grundgesetzen der Wirtschaft kennen. Und die eben das Wachstum oder die Frage, wie man Wirtschaftswachstum bekommt, völlig falsch oder ahnungslos beantworten. Das muss man einfach mal so deutlich sagen, ich habe das ja angedeutet, in dem Beispiel, wie man Investitionen auslöst. Da kann man sich jetzt entscheiden, ob man Wachstum will oder nicht. Aber wenn man Wachstum will, dann muss man die staatlichen Investitionen ankurbeln oder erhöhen und die Konsummöglichkeiten der unteren 20 oder 40 Prozent. Alles andere können Sie vergessen. Und das nicht aus karitativen Gründen, sondern aus Gründen der Ökonomie. Diejenigen, die die Unternehmenssteuern senken wollen, sind ja in Wirklichkeit Lobbyisten. Das ist ja in Ordnung, dass es die gibt, aber man muss immer wissen, was die wollen. Das sind ja Unternehmensverbände, wie der alte Kanzler mit Recht gesagt hat, das Klagen ist der Gruß des Kaufmanns.

Ich finde das immer erbärmlich, wenn Unternehmer klagen. Es zwingt sie niemand, Unternehmer zu sein. Dann sage ich immer, dann hört doch auf. Mir macht es Spaß, Unternehmer zu sein und ich werde nie auf die Idee kommen, zu klagen. Ich muss das doch nicht machen. Und wenn die Leute nicht zurechtkommen, dann sind das halt schlechte Unternehmer. Dann soll er halt aufhören. Aber Sie können doch nicht ernsthaft glauben, dass Sie Ihre betriebswirtschaftlichen Probleme damit kompensieren, dass der Staat einspringt, dass man Subventionen kriegt und so weiter. Am besten sieht man das ja immer bei der Agrarlobby. Da können Sie ja machen, was Sie wollen. Die finden ja immer noch irgendwas, wo Sie noch ein bisschen mehr Subventionen brauchen. Ja, wundert man sich darüber? Nein, das ist deren Job. Aber die kann man doch nicht ernst nehmen. Und zu der anderen Frage: Verteilung, das ist ja eine politische Frage, da kann man natürlich sagen, okay, wie die FDP, das obere Prozent muss geschont werden oder muss mehr Einkommen haben, mehr behalten dürfen. Das darf man sagen in der Demokratie und dann kann man damit antreten und dann guckt man,

Ich finde das immer erbärmlich, wenn Unternehmer klagen. Es zwingt sie niemand, Unternehmer zu sein.

wie viel Wähler man bekommt und die CDU macht das ja auch, oder die CSU vor allen Dingen. Das ist der Wettkampf der Parteien. Ich habe da eine andere Meinung, weil ich das ungerecht finde, weil ich nicht in so einer Gesellschaft leben möchte. Aber das ist ja, wie gesagt *up for discussion*. Ich bin gerne bereit, meine Meinung dazu zu sagen.

BMA: Aber Sie haben auch immer wieder deutlich gemacht, auch in früheren Interviews, auch in unserem letzten Gespräch in der Citykirche, dass Ihnen die Demokratie auch wichtig ist. Und jetzt wird die Ungleichverteilung der Einkommen immer größer. Sie wird auch durch die neue Regierung noch mal verstärkt. Sehen Sie eine Gefahr für unsere Demokratie oder meinen Sie, die müsste man mehr steuern?

JR: Ja, also da haben Sie recht. Das ist latent eine Gefahr oder vielleicht schon akut. Ich bin ein großer Fan der Leistungsgesellschaft und die wird dadurch auch zerstört. Die wird nicht zerstört durch die 18.000 vermeintlichen oder tatsächlichen Leistungsverweigerer, die es vielleicht auch gibt.
Die wird zerstört dadurch, dass die Leute, die mit Arbeit ihr Einkommen erzielen, so viel stärker und unfairer belastet werden, als die Leute, die mit Geld Geld verdienen, aus Vermögen. Und das ist unser Problem. Und die Leute, die durch Geld Geld verdienen, sind ja keine Leistungsträger.

Ratlos.
Wie kann es eigentlich passieren, dass Menschen, die im Grunde alles haben, neidisch sind auf die, die gar nichts haben.

Fundstück aus dem Netz

Ganz im Gegenteil. Das sind die gleichen Leute, wie die 14.000 Leistungsverweigerer. Die tun im Zweifel nichts, bekommen aber ein hohes Einkommen und haben dann noch Steuerprivilegien. Das, finde ich, ist zu diskutieren.

BMA: Eine kurze Nachfrage dazu. Sie sind ja selbst ein reicher Mann und haben Kinder. Wie stehen Sie denn zu dem Problem der Erbschaft, der Erbschaftssteuer? Halten Sie es für gerechtfertigt, dass Erbschaften, große Erbschaften, vererbt werden an die nächste Generation, die dann nicht mehr arbeiten muss, weil sie von dem Geld leben kann, das ihre Eltern verdient haben?

JR: Ja, ich nenne das ja gerne unseren Steuerfeudalismus. Wir leben wieder in einer feudalen Gesellschaft, wie in der vorindustriellen Zeit. Nur die Leute haben keinen Adelstitel mehr, sondern die sind „geldadelig“ und definieren sich dadurch aus der Gesellschaft heraus. Das finde ich hochproblematisch. Einmal, weil es unfair ist, weil ich finde, die Leute, die sich anstrengen und die Unternehmen aufbauen und die was bewegen, die müssen viel mehr Steuern zahlen, als diejenigen, die das alles geschenkt bekommen. Im Zweifel brauchen die gar nichts zu zahlen oder ganz wenig. Wir haben, glaube ich, eine effektive Erbschaftssteuerbelastung von 1,5 oder 2 Prozent oder so was. Das ist natürlich nichts und insofern ist das ein gesellschaftliches Problem, wenn wir Einkommen aus Erbschaften viel, viel niedriger belasten als Einkommen aus Arbeit.

Wenn wir die oberen 10 Prozent mit 33 Prozent besteuern würden – dann bräuchten die unteren 90 Prozent überhaupt keine Einkommensteuer mehr zu zahlen und wir hätten mehr Ertragssteuereinnahmen.

BMA: Letzte Woche war eine Halbjahresbilanz von mehreren DAX-Konzernen. Das konnte ich der Rheinischen Post entnehmen wie die Aussage von Herrn Tüngler, Chef der Schutzgemeinschaft der Wertpapierbesitzer in Deutschland. Der stellte fest, dass bei einem Gehalt vom 41- oder 42-fachen bei den Spitzenverdienern im DAX-Konzern gegenüber den durchschnittlich normal Verdienenden doch irgendwie der soziale Frieden in der Gesellschaft gefährdet wäre.

JR: Ja gut, da würde ich sogar ein bisschen Mitleid haben mit denen und dann kann man auch noch die Fußballspieler nehmen, die dann irgendwie 10 Millionen Einkommen haben für eine gewisse Anzahl von Jahren. Ich bin ja ein Fan von Leistungsgesellschaft, ob das immer richtig bepreist ist, darüber kann man diskutieren.

Nur wenn ich das schon akzeptiere, dann muss ich erst recht dafür sorgen, dass die hohen Einkommen einen besonders großen Beitrag und zwar effektiv, nicht auf dem Papier, beitragen hier zu unserer Gemeinschaftskasse. Da, finde ich, sollten wir ansetzen, bevor wir über Deckelungen von Gehältern sprechen. Ich finde eigentlich problematischer die Situation der Besitzer der DAX-Unternehmen. Jetzt will ich nicht immer mit Frau Klatten kommen, gegen sie ist persönlich auch gar nichts gegen zu sagen. Ich kenne sie auch nicht, darum geht es nicht, aber dass sie ein Einkommen aus Dividenden von Milliarden hat und darauf nur 25 Prozent zahlen muss und wenn sie einen guten Steuerberater hat, noch weniger, dann ist da anzusetzen, da würde ich sagen, hey, da hätte ich gerne ein bisschen mehr.
Ich habe das vorher ja schon mal deutlich gemacht: wenn wir die oberen 10 Prozent mit effektiv 30, 33 Prozent besteuern würden – und da sind ganz viele Vermögenseinkommen drin – dann bräuchten die unteren 90 Prozent überhaupt keine Einkommensteuer mehr zu zahlen und wir hätten mehr Ertragssteuereinnahmen. Das wäre mein Ziel, aber die oberen müssen effektiv was bezahlen, nicht auf dem Papier 25 und 42 Prozent, das ist ja Theorie, die Leute haben alle gute Steuerberater, so wie ich auch und dann kriegen sie das ganz schnell hin, dass der Satz viel niedriger wird oder sie zahlen überhaupt keine Steuern – legalerweise – und darüber müssen wir diskutieren.

BMA: Es ist Ihnen also wichtig, dass der gesellschaftliche Reichtum gerechter verteilt wird, als das zur Zeit der Fall ist. Daher arbeiten Sie im Netzwerk „tax me now“ mit. Haben Sie Ideen, welche Instrumente man nutzen kann, um diese Ungleichverteilung ein bisschen gerechter zu gestalten?

JR: Ja, also an der Steuerfront habe ich mal so einen Bierdeckelvorschlag gemacht: Von den vier Billionen, die wir haben, sind etwa 1,4 Billionen Einkommen aus Vermögen und wenn Sie es ein bisschen höher nehmen, da kommen die DAX-Vorstände, die Fußballer dann auch rein, sind wir bei 1,7 bis 1,8 Billionen. Also die oberen zehn Prozent besitzen 45 Prozent. Wenn Sie von denen ein gutes Drittel nehmen, haben Sie 500 Milliarden. Im Moment nimmt der Staat weniger als 500 Milliarden Ertragssteuern ein. Also wir würden mehr einnehmen, wenn die alle effektiv 33 Prozent zahlen. Auf dem Papier wäre das eine Steuersenkung. Merz hat auf Vorschläge der SPD, dass man die oberen zehn Prozent stärker besteuern solle, geantwortet, dann würde man denen ja fast 60 Prozent abnehmen. Da zeigt sich, der Mann hat die Zahlen nicht parat. Ich wäre sofort dazu

bereit, 33 Prozent von meinem gesamten Einkommen beizutragen. Das ganze steuerfreie Gerümpel muss weg, es muss alles steuerpflichtig werden, dann haben wir mehr Steuereinnahmen aus Erträgen. Und dann würden wir noch 100 Milliarden aus Vermögens- und Erbschaftssteuer zusätzlich einnehmen, was ganz leicht geht. Dann können wir die Umsatzsteuer halbieren, die sowieso zu zehn Prozent hinterzogen wird. Dann gibt es auch weniger Betrugsmöglichkeiten und wir haben immer noch eine höhere Steuereinnahme als heute, können also mehr für die notwendigen Staatsausgaben ansetzen – das wäre mein einfaches Steuerkonzept.
Wenn Sie aus Vermögen Einkommen von zehn Prozent pro Jahr beziehen – sehr vorsichtig gerechnet – und rechnen den Betrag hoch über eine Generation, also 30 Jahre, dann wird aus Ihrem Vermögen nach 30 Jahren das 17-fache. Aus 100 Millionen werden 1,7 Milliarden und das können Sie nicht verhindern.Oder aus 10 Millionen werden 170 Millionen in einer Generation bei 10 Prozent. Da soll mir noch einer erzählen, dass er nicht ein oder zwei Prozentpunkte der Rendite als Vermögensteuer abgeben kann. Dann hat er nach 30 Jahren immer noch das 13-fache. Ja, wenn Sie das mal als Wettkampf nehmen: Beim 800-Meter-Lauf hat der Vermögende, der Erbe, immer einen Kurvenvorsprung von 90 Prozent der Strecke und da soll der andere hinterherlaufen und den noch bis zum Ziel einholen. Wie soll das gehen? Also die Reichen müssen sich überhaupt nicht aufregen über eine, beispielsweise zweiprozentige Vermögensteuer. Und dann hätten Sie ein gerechtes Steuermodell. Wir hätten 100 Milliarden mehr Steuereinnahmen, mehr Entspanntheit und die unteren 90 Prozent müssen überhaupt keine Einkommenssteuererklärung abgeben. Wie schön wäre das? Mein Vorschlag.

BMA: Sehen Sie denn Bündnispartner oder gesellschaftliche Gruppen, die, zum Beispiel wie „tax me now“, auch einen solchen Vorschlag populär machen können und zu einer Umsetzung beitragen können?
JR: Ja, ich bin übrigens auch noch seit neuestem Fellow bei der Finanzwende e.V. Das ist auch so eine sehr gute Organisation, die sich dafür einsetzt. Aber ich würde das zurückspielen. Ich sag mal, diese Diskussion geht darum, dass 90 Prozent der Haushalte stark von so einem Steuermodell profitieren. Und da würde ich jetzt einfach mal an die Rationalität der Wähler appellieren und sagen, wollt ihr das nicht? Es wird dafür gesorgt, dass ihr für eure Lebensplanung und für eure Lebenszukunft mehr wirtschaftliche Möglichkeiten habt. Wollt ihr das oder wollt ihr das nicht? Ich finde, das ist eine einfache Frage.
Und wenn man das so einfach und transparent macht, dann würde ich das einfach mal zur Debatte stellen. Da braucht man doch eigentlich gar keine großen Institutionen dafür, weil es so logisch ist, oder? Und man schafft gleichzeitig auch Impulse für Wirtschaftswachstum. Das ist also auch noch gut für unsere super Wirtschaftsexperten im Kanzleramt.
Das klar und einfach zu sagen, sollte doch helfen, dass alle Leute, die bis 120.000 als Einzelner, bei einer Familie 240.000, verdienen, dann sagen, oh, ich gehöre zu denen, die profitieren. Das werde ich bei meinem Kreuzchen beim nächsten Wahlzettel berücksichtigen. Das ist meine Hoffnung. Ich weiß nicht, ob ich da naiv bin.

BMA: Welchen Parteien oder welcher Partei hätte man bei dieser Wahl die Stimme geben können, um auch nur ansatzweise das zu erreichen oder zumindest anzustoßen, was Sie gerade gesagt haben?
JR: Ich bin jetzt kein Politikberater, aber wenn Sie sich die Wahlprogramme der Linken ansehen, wäre das sicherlich eine Partei, die das will. Und in Teilen auch die SPD und die Grünen. Da geht es ein bisschen darum, dass die Führung manchmal verunsichert ist. Da sind natürlich so Leute wie Kretschmann oder wie Özdemir. Da muss man Zweifel haben. Das gilt es dann zu konkretisieren. Aber ich glaube an die Vernunft. Ich meine, was wollen Sie denn sonst in der Demokratie machen, wenn die Menschen nicht mehr erkennen, wo die Vorteile für sie selber oder für die Gesellschaft liegen? Wenn das nicht mehr zum Tragen kommt, dann hat Cicero recht, der römische Philosoph, der gesagt hat, das Größte oder das Gefährlichste bei der Demokratie ist, dass es dumme Wähler gibt, die die Zusammenhänge nicht erkennen. So, da ist natürlich die Frage, ob wir es schaffen, die Wähler von dem Erreichen ihrer eigenen Interessen zu überzeugen. Das ist vielleicht nur eine Frage der klaren Kommunikation. Und da gehören dann unsere Medien dazu, die manchmal, wie soll ich sagen, einen Schritt zurück sind: ich komme mir manchmal persönlich, ohne dass ich mich jetzt hier groß machen möchte, vor wie Martin Luther, der den Leuten ja auch gesagt hat, wir übersetzen das mal, was der Mann von Nazareth gesagt hat. Ihr kriegt das nicht mehr in Latein vorgelesen, sondern in einer Sprache, die ihr versteht. Und dann werdet ihr nichts mehr in den Ablassbeutel werfen, weil eure Seele dadurch nicht geheilt wird, wenn ihr Geld gebt.
Und so ähnlich komme ich mir manchmal auch vor, wenn ich sage, wenn ihr die CDU wählt als Mittelständler, dann wählt ihr wirtschaftlich gegen eure eigenen Interessen. Wenn ihr das trotzdem wollt, ist das okay. Aber ihr solltet wenigstens wissen: das Geld im Ablassbeutel, das ist weg. Und ihr kriegt nichts dafür. Das muss man den Leuten sagen.

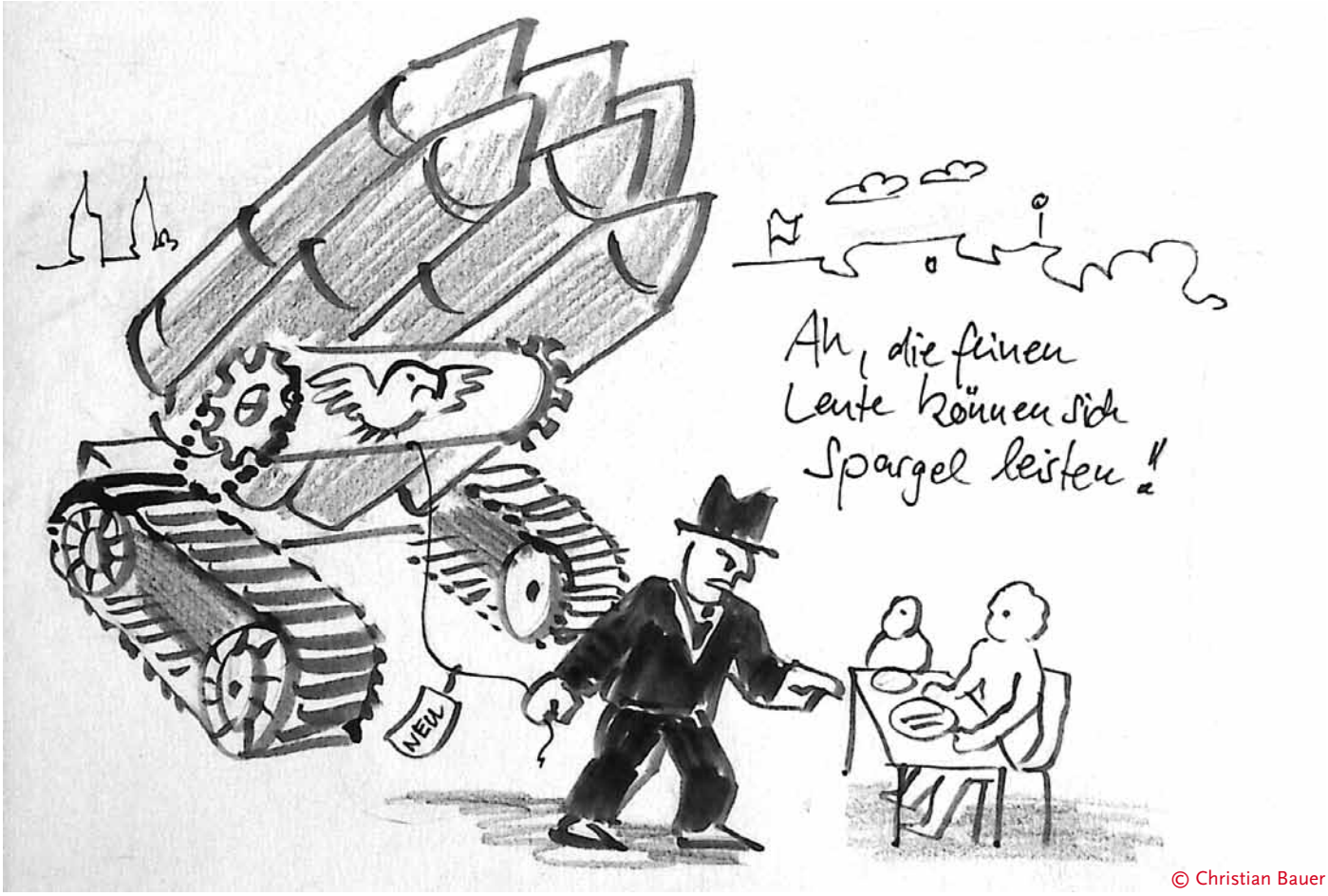
BMA: Wir haben vorhin über die vielen Millionäre und Milliardäre geredet. Die werden jedes Jahr mehr. Manche von denen werden Sie vielleicht auch kennen. Wie aufgeschlossen sind denn die, die wirklich viel Geld haben, gegenüber solchen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, das würde mich interessieren.
JR: Ich habe da keinen, keinen statistischen Durchschnitt zur Verfügung. Es gibt auch viele sozial engagierte Milliardäre. Es gibt natürlich auch die, die sagen, das steht uns zu. Aber das kann ja jeder halten wie er will. Ich finde es besser, wenn das nicht abhängig davon ist, ob die Leute gute oder schlechte Menschen sind, sondern dass wir das regulativ klären. Ich möchte, dass alle Leute meiner Einkommens- und Vermögensklasse mehr zahlen, dann zahle ich auch gerne mit ganz großem Juchhu, und ich laufe auch vorneweg, aber ich möchte, dass alle das tun, unabhängig davon, ob sie Gutmenschen sind oder ob sie damit hadern. Das ist mir im Zweifel egal. Ich möchte das nicht abhängig machen von der Geisteshaltung der Person, das finde ich wichtig.

BMA: Herr Rick, herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Wer sind eigentlich die sogenannten „Totalverweigerer“ – Menschen, die Hilfe brauchen.
Foto: Hermann-Josef Kronen

Sozialstaat im Visier der (Medien-)Öffentlichkeit

Ist er ein Sanierungsfall oder bloß ein Sündenbock?



© Christian Bauer

Seit geraumer Zeit steht unser Sozialstaat, auf den die Bevölkerung der Bundesrepublik in früheren „Wirtschaftswunder"-Jahren zu Recht stolz war, weil er von Abstiegsängsten gepeinigte Menschen materiell auffing, im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Jetzt, wo es wieder mehr als drei Millionen offiziell registrierte Arbeitslose und sehr viel mehr indirekt betroffene Familien gibt, die seine Unterstützung benötigen, heißt es allenthalben, er sei zu teuer, viel zu ineffizient und außerdem missbrauchsanfällig. Besonders stark in Misskredit geraten ist zuletzt das Bürgergeld, mit dem SPD und Bündnisgrüne in der Ampelkoalition eigentlich Hartz IV „überwinden" wollten. Hält die Rezession länger an oder vertieft sich gar, wird es künftig noch mehr abhängig Beschäftigte, Solo-Selbständige und Kleinstunternehmer, die jetzt noch Sozialneid nach unten verspüren, über eine persönliche Krisensituation hinweghelfen.

Verteidigungsminister Boris Pistorius muss in Kabinettsitzungen nur laut und vernehmlich „Putin" sagen, schon können sich die überwiegend US-amerikanischen Großaktionäre von Rheinmetall auf noch saftigere Dividenden und weiterhin explosionsartig steigende Kursgewinne freuen.

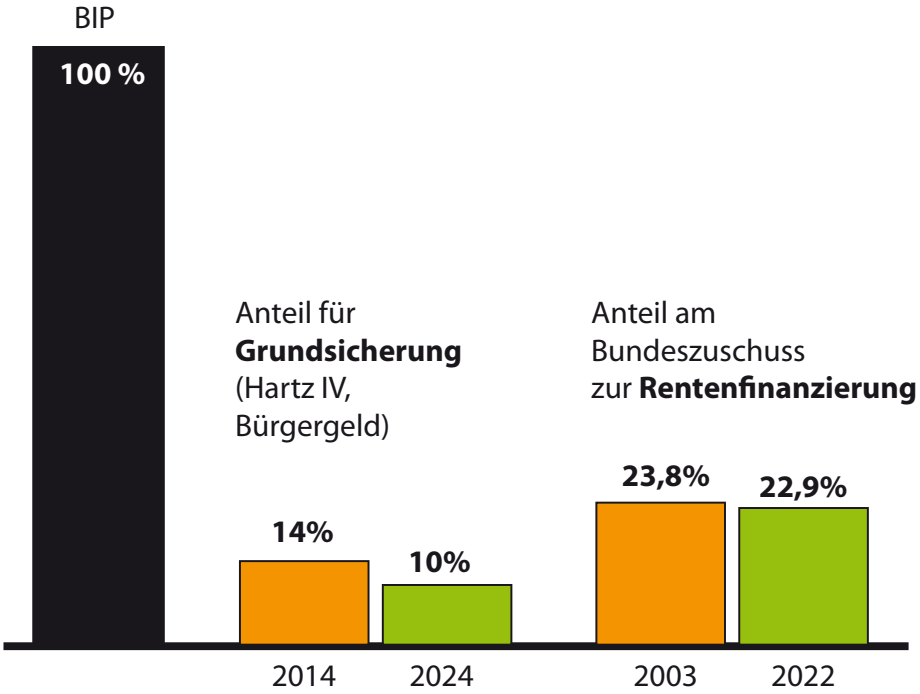
Absolute statt relative Zahlen: Lügen mit Statistik

Selbst der Bundespräsident beteiligte sich kürzlich am populistischen Bürgergeld-Bashing und behauptete auf dem 83. Deutschen Fürsorgetag, dass die Kosten beim Bürgergeld „aus dem Ruder" liefen. Dabei reichen diese, wenn man das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP), den inzwischen erheblich höheren Staatshaushalt der Bundesrepublik und die schon wegen der Preisinflation ebenfalls gestiegenen Steuereinnahmen berücksichtigt, keineswegs an die staatlichen Ausgaben für Hartz IV vor zehn oder 15 Jahren heran. Vielmehr ist der Anteil der Ausgaben für die „alte" Grundsicherung für Arbeitsuchende (bis 2022: Hartz IV; ab 2023: Bürgergeld) am Bundeshaushalt zwischen 2014 und 2024 von 14 Prozent auf 10 Prozent zurückgegangen.

In absoluten Zahlen hat praktisch jeder einzelne Posten im Staatshaushalt – zumindest über einen längeren Zeitraum betrachtet – deutlich zugelegt; ein realistisches Bild erhält man daher nur, wenn man relative Zahlen heranzieht, die Ausgabenentwicklung also ins Verhältnis zum Gesamtetat und zur Wohlstandsmehrung der Gesellschaft setzt. Das gilt auch für den Bundeszuschuss zur Finanzierung der Renten – mit fast 120 Milliarden Euro ein riesiger Batzen im Staatshaushalt. Vor 20 Jahren war er in Relation zum Bundeshaushalt oder zum Bruttoinlandsprodukt allerdings noch größer. Auch trägt er heute sogar bloß noch einen kleineren Teil zur Finanzierung der Renten bei, als dies früher der Fall war. Sein Anteil an den Gesamtkosten der Gesetzlichen Rentenversicherung ist nämlich zwischen 2003 und 2022 von 23,8 Prozent auf 22,9 Prozent gesunken. Von einem übermäßigen Größenwachstum des Sozialstaates, der allseits lautstark beklagt wird, kann also gar nicht die Rede sein.

Wie man den Sozialstaat zum Sündenbock macht

Trotzdem wird der Sozialstaat heute – wie stets, wenn sich Krisenstimmung im Land ausbreitet – zum Sündenbock gemacht, um vom Versagen der politischen Klasse abzu-



Prof. Dr. Christoph Butterwegge hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt und zuletzt die Bücher „Deutschland im Krisenmodus“ sowie „Umverteilung des Reichtums“ veröffentlicht.

lenken. Arbeitsministerin Bärbel Bas thematisiert beispielsweise häufig den Sozialmissbrauch ausländischer Banden (in Duisburg), den es zweifellos nicht bloß dort, also in ihrem Bundestagswahlkreis, gibt. Deshalb sollte man ihn endlich mit geeigneten Maßnahmen bekämpfen, kriminelles Handeln auch der Hintermänner und (meistenteils deutschen) Profiteure konsequenter verfolgen sowie die Schuldigen hart bestrafen.

Aber fordert irgend jemand, dass der Missbrauch unserer Steuergesetze durch Besserverdienende und Hochvermögende, den es gleichfalls gibt, damit beantwortet werden soll, dass man die Steuern für alle Reichen, auch die der (hoffentlich) vielen Steuerehrlichen, erhöht? Bei den Menschen im Bürgergeldbezug, darunter 500.000 alleinerziehende Mütter, die am 20. des Monats nicht wissen, wie sie für ihre Kinder noch etwas Warmes auf den Tisch bekommen, hat man hingegen keine moralischen Hemmungen, den Regelsatz sowohl 2025 wie auch 2026 konstant zu halten, obwohl die Preise im Supermarkt gerade für Familien weiter stark steigen.

Bas wird derweil zu „mutigen Reformen“ des Bürgergeldes und der Sozialversicherungszweige (Rente, Gesundheit und Pflege) gedrängt. Als „mutig“ gilt die Bundesarbeitsministerin paradoxerweise dann, wenn sie im Einklang mit der veröffentlichten Meinung, fast allen einflussreichen Kommentatoren und den mächtigen Unternehmerverbänden umsetzt, was deren Profitinteressen entspricht. Mutig wäre Bas in Wirklichkeit, wenn sie diesem Druck standhielte, den Sozialstaat verteidigen und statt der Armen – Flüchtlinge und Menschen im Bürgergeldbezug – die Armut bekämpfen würde.

Statt permanent über die relativ wenigen Menschen zu sprechen, denen man Bürgergeld zahlt, ohne dass sie es wirklich brauchen, könnte man auch mal über die sehr viel größere Anzahl jener Menschen sprechen, denen Bürgergeld zusteht, ohne dass sie es beantragen – sei es aus Unwissenheit, Stolz, falscher Scham oder schlichter Angst vor dem Jobcenter. Wollen wir die als wohlhabende, wenn nicht reiche Gesellschaft, in der sich riesige Vermögen bei wenigen (Unternehmer-)Familien konzentrieren, tatsächlich ohne Unterstützung lassen?

Was sich schon jetzt abzeichnet: Die geplanten Verschärfungen im Transferleistungsbereich werden einmal mehr die Falschen treffen, nämlich nicht die relativ wenigen „Totalverweigerer“, die den Sozialstaat ausnutzen und (zu) viel Aufmerksamkeit finden, aber clever genug sind, verschärften Sanktionen auszuweichen, sondern Bedürftige mit psychischen Problemen und Angst vor dem Jobcenter, die dessen Schreiben gar nicht öffnen.

Alternativen der Gesellschaftsentwicklung: Rüstungs- oder Sozialstaat?

Bundeskanzler Friedrich Merz stimmte die Bevölkerung im Frühjahr und Sommer 2025 durch prägnante Formulierungen auf den „Herbst der Reformen“ und die bevorstehenden Kürzungen im System der sozialen Sicherung ein. Auf dem Landesparteitag der niedersächsischen CDU in Osnabrück sagte er am 23. August: „Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar.“ Da hatte Merz ausnahmsweise recht: Wenn der Einzelplan 14 (Wehretat), wie veranschlagt, von knapp 52 Milliarden Euro im Jahr 2024 auf 152,8 Milliarden Euro im Jahr 2029 nahezu verdreifacht wird, ohne dass man irgendwelche Steuern für Wohlhabende, Reiche und Hyperreiche erhöht, lässt sich der Sozialstaat in seiner bisherigen Form nicht erhalten.

Verteidigungsminister Boris Pistorius muss in Kabinettsitzungen nur laut und vernehmlich „Putin“ sagen, schon können sich die überwiegend US-amerikanischen Großaktionäre von Rheinmetall auf noch saftigere Dividenden und weiterhin explosionsartig steigende Kursgewinne freuen. Im „rheinmetallischen Kapitalismus“ (Christian Rickens), der mit dem Rheinischen Kapitalismus der Adenauer-Ära bloß noch den Wortstamm des Adjektivs gemeinsam hat, ist für Soziales, Bildung und Kultur wie auch für den öffentlichen Wohnungsbau, das Gesundheitssystem und den Pflegebereich aber immer weniger Geld da.

Der außen-, energie- und militärpolitischen Zeitenwende, die der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz unmittelbar nach Beginn des Ukrainekrieges ausgerufen hatte, folgte die sozialpolitische Zeitenwende auf dem Fuß. Eine solche Privilegierung der Rüstung gegenüber anderen Staatsausgaben gibt es sonst nur in faschistischen und Militärdiktaturen: CDU, CSU und SPD haben noch vor der Konstituierung des 21. Deutschen Bundestages (mit zu ihren Ungunsten veränderten Mehrheitsverhältnissen) das eigentlich aufgelöste, kaum mehr zu Richtungsentscheidungen solcher Tragweite legitimierte Parlament eine Aufweichung der „Schuldenbremse“ für Verteidigungsausgaben beschließen lassen.

Weil die Zins- und Tilgungslasten der kreditfinanzierten Hochrüstung wie auch des „Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität“ im Bundeshaushalt aber gegenfinanziert werden müssen, stehen die öffentlichen Haushalte künftig unter noch massiverem Druck. Nur wenn die Hochrüstung gestoppt und Krieg verhindert wird, kann es sozialen Fortschritt und Erfolge im Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit geben.

Christoph Butterwegge

Zum Weiterforschen

Böckler Stiftung – Studie zum Bürgergeld:

www.boeckler.de/de/presse-mitteilungen-2675-einkommen-bei-mindestlohnbeschaeftigung-deutlich-hoeher-als-buergergeld-70666.htm

Sanktionsfrei – erste Studie, bei der BürgergeldempfängerInnen befragt wurden:

https://sanktionsfrei.de/studie25

Tax the Rich: 68.000 Menschen fordern mehr Steuergerechtigkeit

https://epo.de/25722-tax-the-rich-68-000-menschen-fordern-mehr-steuergerechtigkeit/

Gefährliche Bürgergeld-Debatte: Populisten spielen „Fleißige“ gegen „Faule“ aus

www.freitag.de/autoren/janina-luett/gefaehrliche-buergergeld-debatte-populisten-spielen-fleissige-gegen-faule-aus

Klassenpolitik von oben

Dank milliardenschwerer Sondervermögen scheint die deutsche Austeritätspolitik nun vorbei. Doch das täuscht. Denn deren wichtigstes Ziel besteht gar nicht im Geldsparen.

https://www.zeit.de/kultur/2025-05/austeritaetspolitik-schuldenbremse-sondervermoegen-sparen-bundesregierung/komplettansicht

Ernährung am Existenzminimum

Wie viel Gesundheit verlangt das Grundgesetz?

https://verfassungsblog.de/ernahrung-am-existenzminimum/?sfnsn=scwspmo&fbclid=IwY2xjawMVS4hleHRuA2FlbQIxMQABHsRwyhClLIKNFiHmbufQqvQy7X_Yku2MtybZ86moxPrAo-c6litvBUIMN1jZ_aem_U4TJOAymQRD6oeNYaHBeEw

Klimakrise und Klimagerechtigkeit

Sozialraumanalysen und Handlungsansätze der Sozialen Arbeit

https://www.sozialraum.de/klimakrise-und-klimagerechtigkeit.php

Ungleichheit - Große Schere zwischen Arm und Reich belastet auch psychisch

„ … Die Gruppe um Ángel Sánchez-Rodríguez hebt als Besonderheit hervor, dass in der Arbeit nicht das konkrete Ausmaß an wirtschaftlicher Ungleichheit im jeweiligen Land in Betrachtung gezogen wurde, sondern die jeweils empfundene Ungleichheit. Die Studie helfe zu verstehen, dass die große Ungleichheit in vielen Ländern nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit sei, sondern auch ein drängendes Problem mit Blick auf den psychischen Zustand von Gesellschaften.

https://www.geo.de/wissen/ungleichheit--grosse-schere-zwischen-arm-und-reich-belastet-auch-psychisch-35897660.html

Die Mär vom sozialen Aufstieg – seit dem Kaiserreich hat sich nichts verändert

https://www.fr.de/wirtschaft/die-maer-von-sozialem-aufstieg-seit-dem-kaiserreich-hat-sich-nichts-veraendert-zr-93797021.html

Neu erschienen

Edmund Erlemann
Von der Theologie zur Politik

Vor 10 Jahren starb Eddi Erlemann. Sein Weg und Wirken führte ihn von der Theologie zur Politik und veränderte seine Sichtweise auf das Evangelium: die „Bekehrung zum Menschen“. Seine Mission, die er in Kirche und Welt mit aller Kraft verfolgte, lautete „Die Kleinen groß machen“.
In diesem Buch sind zentrale, zum Teil unveröffentlichte Texte von Erlemann zusammengestellt, die die Fülle seiner (kirchen-)politischen Themen und verschiedene Orte seiner Arbeit widerspiegeln.
„Wenn wir bei unserer Arbeit parteilich und politisch sind, tun wir nichts Unrechtes, sondern erfüllen die Forderungen des Evangeliums.“

Herausgegeben von Norbert Jers und Johannes Eschweiler
© 2025, Stiftung Volksverein Mönchengladbach
120 Seiten
Bestellungen: Edmund Erlemann Archiv
Kirchplatz 10, 41061 Mönchengladbach
eearchiv@stiftung-volksverein.de

Das Buch ist kostenlos. Eine Spende ist jedoch willkommen zur Deckung der Kosten:
Förderverein Stiftung Volksverein Mönchengladbach e.V.
IBAN DE33 3105 0000 0003 1808 25
„Erlemann-Buch 2025“

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit
Wolfgang Fels
Tel. 021 61/948 90 83
Kirchplatz 11 • 41061 Mönchengladbach
www.menschenwuerde-und-arbeit.de
bma@stiftung-volksverein.de
Redaktion: Wolfgang Fels

Kontakt zum Bündnisrat:
Christa Dressen,
c.dressen@gmx.de
Günter Rexilius,
guenter.rexilius@t-online.de
Hermann-Josef Kronen,
hermann-josef.kronen@t-online.de

Grafik: Christian Bauer
Druck: die Umweltdruckerei, Auflage 1000, 100% Recycling
Spendenmöglichkeit:
Förderverein Stiftung Volksverein Mönchengladbach e.V.
DE33 310 500 000 003 180 825
Verwendung: BMA

Stiftung Volksverein